

**4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1**

(Beginn: 15.39 Uhr - Ende: 18.28 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Guten Nachmittag, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 4. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesende Bezirksbürgermeisterin und die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates.

Wir tagen heute hier im Gürzenich in verkleinerter Besetzung und auch mit verkürzter Tagesordnung, wie schon einige Male im letzten Jahr. Das tun wir natürlich auch, um in dieser ganz außerordentlichen Situation sicherzustellen, dass für Köln die notwendigen Entscheidungen hier rechtssicher getroffen werden können.

Ich hoffe, dass sich künftig der gesetzliche Rahmen so ändern wird, dass auch andere Formate der Ratssitzung möglich werden, zum Beispiel Videokonferenzen, wie es sie in anderen Bundesländern schon gibt.

(Beifall)

Gerade rechtzeitig zur heutigen Ratssitzung, nämlich heute, habe ich die Antwort des Ministerpräsidenten auf meinen Brief dazu erhalten. Herr Laschet hat die zuständige Ministerin Ina Scharrenbach gebeten, digitale Beteiligungsmöglichkeiten für kommunale Gremien zu prüfen.

Eine solche Änderung wäre aus meiner Sicht wichtig, um dem Infektionsschutz Rechnung zu tragen, aber auch insgesamt. Schließlich gehen wir in eine digitalisierte Zeit. Insofern dürfen wir uns auch ruhig digital weiterentwickeln und das in Zeiten nach Corona übernehmen.

(Beifall)

Heute verzichten - das Wort „verzichten“ schreibe ich jetzt ganz groß - folgende Ratsmitglieder auf die Anwesenheit im Sitzungssaal und verfolgen die Sitzung stattdessen im Livestream - auch sie begrüße ich natürlich sehr herzlich -:

(Beifall)

Herr Dr. Akude, Frau Brock-Storms, Herr Detjen, Frau Frebel, Frau Gärtner, Herr Giesen, Frau Glashagen, Frau Henk-Hollstein, Frau Heuser, Frau Hoyer, Frau Jäger, Herr Kaske, Frau Kessing, Herr Klemm, Herr Dr. Krupp, Herr Lorenz, Herr Marx, Herr Michel, Frau Röhrig, Frau Roß-

Belkner, Herr Rudolph, Frau Ruffen, Herr Schal-lehn, Frau Scho-Antwerpes, Frau Seiger, Frau Syndicus, Herr Tritschler, Herr van Benthem, Herr Wahlen und Herr Welter.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Bauer-Dahm, Herrn Bürgermeister Dr. Heinen und Frau De Bellis-Olinger.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zugesetzt werden im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.6 bis 4.9, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 6.1.3, TOP 10.24 bis 10.27, TOP 12.1 und die Wahlen unter TOP 17.13 bis 17.18 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 24.11.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.1, 10.1, 10.2, 10.5, 10.7, 10.14, 10.19, 10.22, 10.25, 16.2 und 17.8 sowie 23.1, 23.2, 23.3, 23.4 und 24.4.

Gibt es hierzu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte sehr, Herr Wortmann.

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einmal mehr den Abusus der Tischvorlagen anprangern. Mir flattern hier permanent Tischvorlagen auf den Tisch. Wenn ich dieser Sitzung qualifiziert folgen soll, kann ich diese Vorlagen nicht mehr einsehen.

Ich hoffe deshalb, dass Videokonferenzen ein übliches Instrument werden. Dann ist dieser Abusus abgestellt. Ich ersuche Sie alle, mit diesem Abusus endlich Schluss zu machen. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Breite hat sich gemeldet.

**Ulrich Breite** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, sind wir jetzt schon für weitere Zu- und Absetzungen bereit? - Vielen Dank für das Nicken.

Frau Oberbürgermeisterin, ich beantrage für die Fraktionen, die den unter TOP 3.1.1 vorliegenden Antrag gestellt haben, dass wir ihn in die nächste Sitzung vertagen.



#### 4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vertagung von TOP 3.1.1?

**Ulrich Breite (FDP):** Jawohl. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Danke sehr. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich bitte Sie, die folgenden Punkte von der heutigen Tagesordnung zu nehmen und in der nächsten Sitzung aufzuführen: Tagesordnungspunkte 17.2, 17.4, 17.5, 17.6, 17.7, 17.9, 17.10 und 17.11. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Danke, Herr Weisenstein. - Der TOP 17.8 bleibt demnach auf der Tagesordnung?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Nein, den haben Sie schon zurückgestellt!)

- Ach so, den hatte ich schon zurückgestellt. Okay.

Dann komme ich jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen. Mehrere Fraktionen und Gruppen sowie Herr Wortmann haben heute einen Dringlichkeitsantrag zum Erwerb des Grundstückes Deutz-Mülheimer Straße 147 bis 149 eingereicht. Das ist der TOP 3.1.9.

Gibt es hier Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Auch nicht. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Außerdem liegt unter TOP 3.1.10 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE sowie der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT von heute vor. Es geht um die Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Keine. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Auch nicht. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung. - Bitte sehr, Herr Hammer.

**Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es müsste dazu auch noch einen Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Grüne und Volt geben.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja. Er ist dann beim Tagesordnungspunkt aufgeführt.

(Christian Joisten [SPD]: Aber nicht im System!)

- Ich kenne ihn. - Ich komme zur Reihenfolge der Tagesordnung und schlage vor - - Herr Joisten, Sie haben noch eine Irritation?

(Christian Joisten [SPD]: Nein, nein, alles gut!)

- Nicht. - Ich schlage also vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.3 und 3.1.7 gemeinsam unter TOP 3.1.3 zu behandeln.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann haben wir die Tagesordnung so beschlossen.

Meine Damen und Herren, bei dieser Sitzung ist von uns allen ja viel Disziplin gefragt, damit wir die Sitzungsdauer so kurz wie möglich halten können. Ich werde mich selbst natürlich auch daran halten und schlage vor, die Redezeiten abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten auf drei Minuten festzusetzen.

Außerdem ist mir mitgeteilt worden, dass Sie auf Redebeiträge zu den Vorlagen so weit wie möglich verzichten bzw. diese stattdessen zu Protokoll geben. Dafür möchte ich mich ganz ausdrücklich bei Ihnen bedanken.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann gebe ich jetzt Frau Martin, die eine kurze Erklärung abgeben möchte, das Wort.

**Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen):** Danke. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen! Sie erlauben, dass ich ganz kurz einen herzlichen Dank an die Verwaltung ausspreche, die es ermöglicht hat, dass wir heute hier im Gürzenich tagen können, also unter verbesserten Sicherheitsbedingungen. Es war offensichtlich ein großer Aufwand. Ganz herzlichen Dank! Ich denke, ich spreche im Namen der meisten hier, wenn ich mich dafür bedanke.



(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich bin gebeten worden, vor Eintritt in die Tagesordnung einen kurzen Corona-Bericht zu geben.

Der Sieben-Tage-Inzidenzwert, der bis Ende Januar deutlich gefallen war, steigt jetzt nach einigen Schwankungen leider wieder leicht an. Heute liegt er bei 75,7 und damit zwar noch unter dem Landeswert und dem Bundeswert, aber nur noch sehr knapp darunter - im Gegensatz zu den Zahlen, die wir bisher gesehen haben.

Die Reproduktionszahl liegt nach wie vor unter dem kritischen Wert von 1, aber immerhin bei 0,90, und die Entwicklung ist so, dass wir doch von einem Anstieg der Infektionen ausgehen müssen.

Aktuell sind in Köln 1 068 Menschen infiziert und leider 454 verstorben.

Bei den Mutanten haben wir 137 United-Kingdom-Mutanten und 26 südafrikanische Mutanten.

Die Krankenhausbelegung ist nach wie vor ernst, aber konstant bei rund 5 Prozent freien Intensivbetten.

Was die Schulen angeht - und die Schulen sind ja im Grunde geschlossen -, sind 63 Schülerinnen und Schüler in 47 Schulen und zwölf Mitarbeiter in zwölf Schulen infiziert.

Bei den Kitas sieht es besser aus. Dort sind es 14 Kinder in zehn Kitas und 18 Mitarbeiterinnen in 13 Kitas.

Bei den Heimen ist es so, dass 25 Einrichtungen betroffen sind. Dort sind 147 Senioren, also Bewohner, und 61 Mitarbeitende betroffen.

Diese Woche war ja „Corona in den Unterkünften für Geflüchtete“ ein großes Thema. Es gibt insgesamt 62 Index- und 87 Kontaktpersonen in neun städtischen Unterbringungseinrichtungen.

Die Situation in der Verwaltung ist so, dass wir insgesamt 350 Mitarbeitende hatten - ich sage: hatten -, die erkrankt waren. Davon sind 341 schon genesen. Insofern kommen wir da eigentlich ganz gut durch die Pandemie.

In über 50 Prozent der Fälle kann das Infektionsgeschehen derzeit nicht benannt werden. Das andere teilt sich auf. Es sind zum Beispiel 10,6 Prozent bekannte Sozialkontakte im selben Haushalt.

Ich will nur noch eine zweite Zahl nennen: 17,4 Prozent Arbeitskontakte.

Sie wissen, dass wir von Beginn der Pandemie an immer sehr viel getestet haben. Im Moment liegt die Zahl der Tests bei rund 709 000.

Biomonitoring führen wir in Seniorenheimen, aber auch in Kitas, in Schulen, in Unterkünften für Geflüchtete, bei Kontaktpersonen und bei eigenem Personal in der kritischen Infrastruktur durch.

Es gelingt uns auch seit vielen Wochen schon, alle Index- und Kontaktpersonen innerhalb von 24 Stunden zu kontaktieren. Mich ärgert es immer, wenn ich höre, die Gesundheitsämter kämen mit der Kontaktpersonenverfolgung nicht nach. Wir müssen die Zahl nicht deswegen herunterdrücken, sondern wir müssen sie herunterdrücken, weil wir alle sehr schnell von diesen Mutanten betroffen sein können - und dann wird es noch kritischer, als es in den Krankenhäusern ohnehin schon ist.

Noch kurz zu den Impfungen: Wir werden am Montag das Impfzentrum öffnen. Bisher haben wir in Senioren- und Pflegeeinrichtungen geimpft: Erstimpfungen 20 471, Zweitimpfungen 6 190.

Um möglichst vielen der älteren Anspruchsberechtigten eine sichere Wahrnehmung des Impfangebotes im Impfzentrum zu ermöglichen, hat der Krisenstab die Intention des Gesundheitsausschusses aufgenommen und in seiner Sitzung am 3. Februar 2021 folgendes beschlossen:

Es wird eine vollständige Kostenübernahme durch die Stadt Köln für Hin- und Rückfahrten mit dem Taxi zur Wahrnehmung von zwei Impfterminen - natürlich für die Erst- und Zweitimpfung - geben. Die anspruchsberechtigten Personen sollen diejenigen in einem Lebensalter von 70 Jahren oder höher sein, die Leistungen nach dem SGB XII, also Grundsicherung, erhalten und/oder Inhabende eines Köln-Passes sind und/oder Anspruch auf Leistungen der Pflegegrade 1 oder 2 haben.

Damit wollen wir diese Menschen nicht nur schützen, sondern auch motivieren, die Impfung in dem Impfzentrum anzunehmen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir damit auch anderen eine Unterstützung gewähren, die in dieser Zeit vielleicht auch besonders von der konjunkturellen Situation betroffen sind.

(Beifall)

Wir haben uns darüber hinaus entschlossen, uns sehr eng mit der Kassenärztlichen Vereinigung

**4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1**

abzustimmen bezüglich des Einsatzes von mobilen Impfteams für Personen, die zu Hause leben und aufgrund ihrer starken Gebrechlichkeit nicht ohne einen völlig unverhältnismäßig hohen Aufwand zum Impfzentrum gebracht werden können. Auch sie werden wir also mit mobilen Teams versorgen.

Damit würde ich gerne den Corona-Bericht abschließen und zu unserer Tagesordnung kommen.

Eine aktuelle Stunde gibt es nicht.

Ich rufe auf:

## **2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften**

### **2.1 Schenkung von Kunstwerken des Künstlers Claes Oldenburg an das Museum Ludwig 2851/2020**

Wer dieser Schenkung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind, so wie ich das sehe, alle bis auf die AfD. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Gegenstimmen? - Keine.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei dem Künstler Claes Oldenburg und denke, dass die Kunstwerke sehr gut im Museum Ludwig aufgehoben sind und hoffentlich auch präsentiert werden.

(Beifall)

Nun kommen wir zu:

## **3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

### **3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Der Tagesordnungspunkt 3.1.1 ist mit Beschluss über die Tagesordnung entfallen.

Daher rufe ich auf:

#### **3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Autonomes Zentrum (AZ) endlich schließen“ AN/0197/2021**

Als Erster hat Herr Cremer das Wort.

**Christer Cremer (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute entscheiden wir über eine Selbstverständlichkeit - eigentlich -, nämlich die Schließung und Räumung des Autonomen Zentrums an der Luxemburger Straße 93. Die Kölner Politik kann hier ein klares Zeichen gegen den Linksextremismus in Köln und Deutschland setzen. Lassen Sie uns ein Zeichen im Sinne des antitotalitären Konsenses unseres Grundgesetzes setzen!

Mir hat bis heute niemand erklären können, warum wir dieses Autonome Zentrum überhaupt brauchen. Ich weiß wirklich nicht, wozu es da ist. Ist es für die allgemeine Öffentlichkeit da? Welchen Sinn hat es für die Allgemeinheit?

Aber schauen wir doch einmal, wer da untergebracht ist, wem wir da eine Herberge verschaffen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Cremer, darf ich Sie bitte auffordern, Ihre Maske zu tragen? Ich mache das auch während der Rede.

**Christer Cremer (AfD):** Okay.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Danke schön.

**Christer Cremer (AfD):** Das sind fünf linksextreme Organisationen - und das sagt die Landesregierung -: zwei Ortsgruppen der Interventionistischen Linken, das Anarchistische Kollektiv, die Antifaschistische Gruppe AG CGN und der Antifa AK Köln.

Ich sage nur: Eine tolle Gesellschaft, der die Stadt Köln hier zu einem Anlaufpunkt verhilft!

Laut Landesregierung ist das AZ der wichtigste Anlaufpunkt für die linksextreme Szene im Regierungsbezirk Köln.

In diesem Zusammenhang soll auch erwähnt sein, dass die Zahl der linksextremen Gewaltdelikte von 1 052 im Jahre 2019 um 29 Prozent auf 1 359 im Jahre 2020 in Deutschland gestiegen ist. Das zeigt, dass wir ein deutschlandweites Problem haben. Ich will hier an die Randalen im Hambacher Forst sowie die bürgerkriegsähnlichen Zustände in diversen Großstädten von Hamburg über Leipzig bis Berlin erinnern. Und Köln hat ein Linksproblem. Ich spreche aus Erfahrung. Willkommen im Linksstaat Deutschland!

**4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1**

Und was macht die Stadt Köln? Sie verhandelt mit diesen Leuten auch noch. Ich war wirklich schockiert, als ich im Hauptausschuss erfahren habe, dass die Vertreter des AZ auch noch zu Angeboten der Stadt, zum Beispiel - -

(Einige Besucher verlassen in Begleitung von Ordnungskräften unter Beifall von Teilen der Ratsmitglieder den Zuschauerbereich - Zurufe)

- Es ist unerträglich, unglaublich, unerhört! Da muss man die Polizei rufen. Da haben Sie eine Beleidigung begangen.

(Unruhe)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Darf ich um Ruhe bitten? Herr Cremer hat das Wort.

**Christer Cremer (AfD):** Es hieß: Nein, wollen wir nicht; darüber verhandeln wir nicht. - Die Forderungen auf der Website sprechen ebenfalls Bände. Und das Ganze dann auch noch mit dem Anspruch, mietfrei zu - ich will das lieber nicht „wohnen“ nennen - hausieren! Das ist eins: dreist, unverschämt und undankbar.

(Beifall bei der AfD)

Wenn jeder diese Attitüde hätte, könnten wir Köln dichtmachen. Warum haben diese Leute eigentlich das Recht, sich so zu verhalten? Warum die? Man droht und kriegt seinen Willen. Das ist eines Rechtsstaates unwürdig.

(Beifall bei der AfD)

Bei der Diskussion hier sollten wir uns auch die Besetzung des Stadthauses am 31. Januar 2019 in Erinnerung rufen. Da waren ganz offensichtlich Sympathisanten des AZ am Werk.

Hier sollten die Stadt Köln und wir als Kölner Stadtrat das Signal setzen: Wir verhandeln nicht mit Politikriminellen.

(Zuruf: Die Redezeit ist abgelaufen!)

Liebe Ratsherren, insbesondere von CDU und FDP, seien Sie heute mal mutig. Haben Sie nicht zu viel Angst vor Partei- und Fraktionsführung. Konrad Adenauer wäre stolz auf Sie. Stimmen Sie für unseren Antrag.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, mir liegt noch eine weitere Wortmeldung vor. Herr Hock.

**Michael Hock (Die PARTEI):** Vielen Dank. - Frau Reker! Liebe Kollegen! Ich kann es kurz halten. Auch wir, die Partei der extremen Mitte, befürchten extremistische Bewegungen, sehen allerdings im Haus Neuerburg eine extremistische Vereinigung, die dort Stadteigentum in Anspruch nimmt.

Wenn man sich die extremistisch motivierten Gewalttaten ansieht, verzeichnet man im rechten Spektrum einige Morde, wie die Kriminalstatistik des vergangenen Jahres aufzeigt. Wir brauchen auch gar nicht so weit zurückzublicken. In den USA waren zuletzt rechtsextremistisch motivierte Morde verzeichnet worden.

Deswegen sage ich: Wenn hier über so etwas nachgedacht werden sollte, dann vielleicht darüber, ob im Haus Neuerburg ein Raum gekündigt werden sollte, der von einer aus meiner Sicht extremistischen Organisation, der nAfDP, besetzt wird. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann stelle ich den Antrag zur Abstimmung. Wer ist dafür? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir haben bei der Festlegung der Tagesordnung beschlossen, die Tagesordnungspunkte 3.1.3 und 3.1.7 gemeinsam zu behandeln. Daher rufe ich auf:

**3.1.3 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend „PR-Auftrag Ost-West-Achse“ AN/0200/2021**

**3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „Klimanotstand: Tunnelplanungen auf der Ost-West-Achse einstellen!“ AN/0198/2021**

Mir liegt hier eine Rednerliste vor. Als Erste hat Frau Tokyürek das Wort.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein oberirdischer Ausbau auf



#### 4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1

der Ost-West-Achse schafft die gleiche Kapazität wie ein Tunnelbau. Aber er ist deutlich früher fertiggestellt und kostet nur einen Bruchteil. Die Risiken in Bezug auf Kosten und Bauzeit sind erheblich geringer. Ein oberirdischer Ausbau bindet weit weniger Fachpersonal, das wir dringend für weitere ÖPNV-Maßnahmen benötigen.

Aber auch der Klimaschutz ist ein wichtiger Grund für einen oberirdischen Ausbau auf der Ost-West-Achse. Beim Bau eines Tunnels mit Stahl und Beton werden in großem Ausmaß Klimagase freigesetzt. Die Menge ist etwa zehnmal so groß wie beim Bau oberirdischer Schienenverbindungen. Eine Berliner Studie zeigt, dass Tunnelbauten für den ÖPNV teils erst nach 100 Jahren - eine wahnsinnige Zahl - und mehr eine positive Klimabilanz erreichen.

Meine Damen und Herren, wir haben im Juli 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Nun müssen wir auch die Konsequenzen daraus ziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb fordern wir Sie auf: Verschleppen Sie die Entscheidung nicht weiter. Seien Sie konsequent, und beenden Sie mit uns heute die Tunnelplanungen.

(Beifall bei der LINKEN und der PARTEI)

Meine Damen und Herren, Köln braucht eine Verkehrswende: für den Klimaschutz, für die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner und auch, um dem Bedarf an Mobilität gerecht zu werden. Der ÖPNV muss dabei eine zentrale Rolle spielen.

Wie der Verkehr in Zukunft in Köln gestaltet sein soll, darüber wollen wir eine breite, öffentliche Debatte führen. Jede und jeder muss sich einbringen können: Initiativen, Nutzer, Experten, Verwaltung und Politik.

Meine Damen und Herren, das ist kein „Störfeuer“; es ist gelebte Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN und der PARTEI)

Frau Dezernentin Blome hat sich für diese Formulierungen im Zusammenhang mit der Ausschreibung der Öffentlichkeitsarbeit zur Ost-West-Achse entschuldigt. Das begrüßen wir; es hätte allerdings auch anders in die Öffentlichkeit gebracht werden können. Aber dass solche Formulierungen in der Beschlussvorlage gelandet sind, zeigt, dass es in Teilen der Verwaltung eine Haltung zu demokratischer Mitsprache und Öffentlichkeitsbeteiligung gibt, die nicht in Ordnung ist.

Wir befürchten, dass eine Öffentlichkeitsarbeit auf Basis einer solchen Ausschreibung eher eine tendenziöse Werbung sein wird. Deshalb unterstützen wir den Antrag der PARTEI und werben um Zustimmung zu unserem eigenen Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der PARTEI)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Hock das Wort.

**Michael Hock** (Die PARTEI): Sehr geehrte Frau Reker! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Eine kleine Anekdote vorweg: Vor längerer Zeit war ich einmal im Keller des Rathauses. In Erinnerung geblieben sind mir neben viel Beton und fröhlichem Grau vor allem die Risse im Fundament. Auf meine Nachfrage sagte man: U-Bahn-Bau.

An diese Risse im Fundament des Rathauses musste ich neulich denken, als ich die Ausschreibung zu dem PR-Auftrag für die Ost-West-Achse gelesen habe. Die Stadt Köln sucht demnach eine PR-Agentur, die für circa 1,5 Millionen Euro netto dafür sorgt, dass es zu dem Projekt Ost-West-Achse - ich zitiere aus dem Ausschreibungstext - „möglichst wenig Störfeuer und keine Grundsatzdebatte“ gibt. Hurra!

Wenn Bürgerinitiativen und deren Kommunikation als Störfeuer und unliebsame Grundsatzdebatten betrachtet werden, ist das - Parteijargon - schlimm, schlimm, schlimm oder - mit den Worten der werten Kollegen, die ich gestern in der Presse lesen konnte - tendenziös, unglücklich, zutiefst undemokratisch. Das beschreibt es, glaube ich, am besten.

Die PARTEI, die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative, hat als inoffizielle Vertretung der Nichtwähler im September 2020 fast die absolute Mehrheit aller Wahlberechtigten erreicht. Falls Sie sich fragen, warum Die PARTEI so erfolgreich ist: Hier haben Sie einen Grund. Diese Ausschreibung ist unsere Wahlwerbung. Wenn Sie also Die PARTEI abschaffen möchten, stimmen Sie heute für unseren Antrag.

Und verstehen Sie mich nicht falsch: Es geht mir nicht darum, für oder wider die Ost-West-Achse zu reden - oberirdisch, unterirdisch, Metropole hin, Verkehrswende her. Es geht darum, dass die



Kommunikation stadtrelevanter Thema nicht irgendwelchen Auftragnehmern überlassen werden darf, bevor über diese Themen entschieden worden ist. Das ist genau so ein Ausverkauf der Politik wie der neue Trendy Shit in der Politik, Unternehmensberatungen mit dem eigenen Job zu beauftragen.

Übrigens müssen Sie ja nicht mehr überzeugt werden. Wie ich gestern der Presse entnehmen konnte, sind alle Fraktionen unserer Meinung. Herr Hammer von den Grünen hält die Ausschreibung für unglücklich, Frau Jäger von der SPD möchte keine Diskussion zu dem Thema abwürgen, Herr Kienitz von den Christdemokraten wünscht sich einen Dialog mit der Stadtgesellschaft, Frau Tokyürek hält die Ausschreibung für zutiefst undemokratisch, Frau Glashagen von Volt sieht eine offensichtliche Beeinflussung der öffentlichen Meinung, und selbst die FDP sieht ein, dass die Ausschreibung dem Projekt einen Bärendienst erweist.

In diesem Sinne gehe ich wie immer davon aus, dass unser Antrag fraktionsübergreifend Zustimmung erfahren wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PARTEI und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Gabrysch, wünschen Sie das Wort?

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich bis auf den satirischen Teil des Kollegen Hock vollkommen meinen Vordner\*innen anschließen. Ich finde es auch unfassbar, dass heutzutage in dieser Situation überhaupt noch über diese Tunnellösung gesprochen wird und da immer noch viel Zeit und vor allem auch Geld investiert wird. Das ist einfach das Gegenteil der Verkehrswende, der Mobilitätswende, die wir ganz dringend brauchen.

On top wird dann auch noch eine mit vielen Geldern, die wir auch gut anders brauchen könnten, finanzierte Kommunikationsstrategie ausgeschrieben, die die Menschen, die schon begriffen haben, wo die Reise hingehen muss, im Grunde genommen mundtot machen soll; man kann es leider nicht anders sagen. Das geht auch ganz klar daraus hervor, dass die Beauftragung dieser Kommunikationsstrategie bis in das Jahr laufen soll, in dem die Tunnellösung dann eigentlich - davon wird ja ausgegangen - beendet ist.

Das darf nicht sein. Das wird auch nicht passieren. Wir werden uns nicht mundtot machen lassen. Die Fakten liegen ganz klar auf dem Tisch. Es ist ganz klar, wo die Reise hingehen muss und welche Maßnahme ergriffen werden muss.

Ich bitte Sie, dass wir hier alle zusammenhalten, dass wir alle zusammenstehen - denn wir können das nur gemeinsam schaffen - und dass heute entsprechend abgestimmt wird. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Martin das Wort.

**Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen):** Danke. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Grünen teilen absolut die Einschätzung, dass der schnellen Verkehrswende und auch dem Klimaschutz nur ein oberirdischer Ausbau der Ost-West-Achse gerecht wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben aber auch dem Kompromiss zugestimmt, dass beide Varianten, die oberirdische und die unterirdische, tief geprüft werden, und wir möchten das Ergebnis dieser Prüfung abwarten und jetzt nicht auf halbem Wege die Strecke verlassen.

Deshalb werden wir heute dem Antrag von KLIMA FREUNDEN und LINKEN nicht zustimmen.

Ich muss auch Herrn Hock von der PARTEI enttäuschen. Wir werden auch seinem Antrag nicht zustimmen. Denn wir halten es für unabdingbar, dass ein so herausforderndes Projekt wie der Ausbau der Ost-West-Achse, egal ob unter- oder oberirdisch, kommunikativ von professioneller Seite aus begleitet werden muss.

Die im Antrag kritisierte Formulierung, „Störfeuer“ zu unterbinden, halten natürlich auch wir für mehr als unglücklich. Aber die Verwaltung hat Stellung dazu genommen und dabei auch richtigerweise auf die bereits stattgefunden habende Bürgerbeteiligung verwiesen.

Für uns ist es selbstverständlich, dass eine von der Stadt Köln beauftragte Agentur unabhängig und neutral sowohl die Bürgerbeteiligung als auch die öffentliche Debatte begleitet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)



Und was die angegebene Dauer bis 2037 angeht: In der Ausschreibung steht sehr deutlich, dass es sich zunächst um einen Vertrag handelt, der 3,5 Jahre läuft. Alles Weitere sind Verlängerungsoptionen. Wir hoffen natürlich, dass diese Optionen nicht gezogen werden, weil wir möglichst viel, viel, viel früher als 2037 eine oberirdische Straßenbahn auf der Ost-West-Achse haben wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kircher das Wort.

**Jürgen Kircher (SPD):** Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien! Ich berufe mich zuerst auf den Punkt 3.1.3. Bei einem Projekt dieser Größenordnung ist eine kommunikative Begleitung extrem wichtig. Diese darf natürlich nicht dazu dienen, Diskussionen abzuwürgen, sondern muss genau das Gegenteil bewirken. Darum war es wichtig, dass sich die Verkehrsdezernentin öffentlich für die missverständliche Formulierung in der Ausschreibung entschuldigt hat.

Dies aber zum Anlass zu nehmen, die Vergabe letztendlich zulasten der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Informationsbedürfnissen einzustampfen, ist nicht zielführend. Dem Antrag können wir nicht zustimmen. - So viel zu dem Punkt 3.1.3.

Nun zu dem Punkt 3.1.7: Nach wie vor ist es bedauerlich, dass der wichtige Beschluss zum Ausbau der Ost-West-Achse im Dezember 2018 einfach in die Zukunft geschoben wurde. Statt eine Entscheidung herbeizuführen, und zwar für die Vorzugsvariante der Oberbürgermeisterin und des damaligen Mehrheitsbündnisses, ist es in dieser zentralen Frage nicht gelungen, eine zukunftsfähige Lösung auf den Weg zu bringen.

Nun laufen parallele Planungen für einen oberirdischen Ausbau und eine Tunnelvariante. Die Ergebnisse wollen wir abwarten und bewerten, und zwar dann bewerten.

Jetzt, ohne dass die konkreten Vorschläge auf dem Tisch liegen, weitere Planungen zu stoppen, halten wir nicht für zielführend. Daher lehnen wir den Antrag ab.

Mit den dann vorliegenden Planungen wird sich die SPD-Fraktion intensiv auseinandersetzen. Dabei ist eine echte Kapazitätssteigerung auf der Ost-West-Achse - denn das ist das Einzige, was

wirklich etwas bringt - der zentrale Aspekt. Unseren Vorschlag der Zwei-Ebenen-Lösung mit Rheintunnel halten wir daher weiterhin für verkehrspolitisch nötig und richtig. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

**Niklas Kienitz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu den Punkten sage ich gar nichts. Ich nehme das Ergebnis vorweg. Wir werden natürlich beide Anträge ablehnen. Das wird niemanden wundern.

Ich möchte bei Kollegen Kircher beginnen. Herr Kircher, ich darf Sie daran erinnern, dass sich Ihre Fraktion der zukunftsweisenden Gestaltung dieser Stadt verweigert hat. Sie sind ja bekennende Tunnelbefürworter. Es gab - das wissen Sie selbst - damals Gespräche mit Ihrem verkehrspolitischen Sprecher. Der hat sich verzockt. Das ist die Kurzversion. Ich könnte Ihnen die ganze Geschichte erzählen, habe aber nur drei Minuten Zeit. Der Junge hat sich verzockt und hat Ihre Fraktion in eine Sackgasse geführt, die zur Folge hatte, dass Sie sich von der Verantwortung in dieser Stadt verabschiedet haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich finde es hochinteressant, dass heute niemand der bisherigen Diskutanten hier gesagt hat, dass es nicht nur um die verkehrliche Ertüchtigung dieser Achse geht, sondern auch - und das ist für uns immens wichtig und eines der Hauptargumente - um eine städtebauliche Aufwertung dieser Achse in der Innenstadt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist auch kein Geheimnis. Wir haben immer dafür geworben, dass das nur mit einem Tunnel geht, weil wir dann in der Innenstadt die Räume schaffen, die für eine qualitätsvolle Weiterentwicklung unserer Innenstadt notwendig sind.

Ich muss Ihnen nicht sagen, dass der Neumarkt einer der schlimmsten Plätze ist und unbedingt aufgewertet werden muss, aber auch der Rudolfplatz.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])



**4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1**

- Das ist so. Es wird auch nicht besser oder schlimmer, Michael Weisenstein, wenn du reinrufst.

Es geht also nicht nur um den verkehrlichen Aspekt. Vielmehr muss auch der städtebauliche Aspekt in den Fokus gerückt werden.

Jetzt komme ich einmal auf das Thema zu sprechen, das hier von den Antragstellern sehr eindimensional vorgebracht wird, nämlich das Thema Klimaschutz. Es gibt eine Verbesserung der Kapazitäten, egal ob oberirdisch oder unterirdisch. Das ist Fakt. Deswegen haben Parteien wie die CDU, die es können, es in den letzten Jahrzehnten vollbracht, verschiedene Strömungen zusammenzuführen und verschiedene Aspekte miteinander zu verbinden, statt immer nur ein Thema nach oben zu ziehen, und deswegen sinnvolle Entscheidungen abzuleiten, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Christian Joisten [SPD])

Ich habe noch 43 Sekunden und möchte einmal hinterfragen, was für ein Demokratieverständnis es eigentlich ist, wenn hier Kolleginnen und Kollegen - das können Sie natürlich gerne machen - die demokratisch getroffene Entscheidung infrage stellen, beide Varianten voranzutreiben, um die Fakten zu ermitteln und eine Entscheidungsgrundlage herbeizuführen; denn es geht darum, dass wir Entscheidungen pro oder kontra in einer Phase treffen, in der die Daten so sicher sind, dass man eine abgesicherte Entscheidung treffen kann.

Ich möchte gern einmal wissen, welche Fakten Ihnen bekannt sind, Frau Gabrysch, die jetzt schon dazu führen, dass Sie einen Tunnel ablehnen. Das ist unsachlich. Was Sie hier vortragen, ist völlig undifferenziert.

(Beifall bei der CDU)

Wer heute behauptet, alles in dieser Angelegenheit zu wissen, der geht fehl, Kolleginnen und Kollegen. Deswegen gibt es keinen Grund, aus diesen Planungen auszusteigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf dem Weg in den Gürzenich bin ich heute lautstark von den Demonstranten vor der Türe angesprochen worden, die mir doch tatsächlich vorgeworfen haben, ich hätte sie in der Zeitung als Stimmungsmacher bezeichnet. Ich weiß gar nicht, wie ich auf die Idee kommen kann, dass man solche Leute, die gewählten Ratsmitgliedern in dieser Art und Weise auf die Pelle rücken und sie ohne Einhaltung jeder Bannmeile hier bedrängen, als Stimmungsmacher bezeichnen könnte. Ich kann mir also gar nicht vorstellen, wie mir dieses Wort entglitten ist. - Ich bitte, im Protokoll zu vermerken: Ironie aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Antragsteller, Sie haben mit dem, was auch heute hier vorgetragen wird, ja eine sehr erfolgreiche Kampagne geführt. Mit Ihrem Antrag haben Sie sehr viel Presseaufmerksamkeit erreicht. Da kann man richtig neidisch werden. Möglicherweise müssten wir einmal beantragen, die Planungen für die Historische Mitte einzustellen. Vielleicht bekommen wir dann auch so viele Zeilen in der Zeitung, wie Sie sie heute bekommen haben.

Aber Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass wir bei der Kommunalwahl eine Mehrheit für eine U-Bahn bekommen haben.

(Beifall bei der FDP)

Und die entscheidende Sache ist doch, dass wir in einer parlamentarischen Demokratie leben, in der dieser Rat darüber entscheiden wird. Niklas Kienitz hat richtig gesagt, dass die Grundlagen für diese Entscheidung, die im nächsten oder übernächsten Jahr gefällt wird, gerade ermittelt werden. Dann wird dieser Rat entsprechend entscheiden.

Ich hoffe, dass wir im Rat dann nicht von Stimmungsmachern, wie wir sie heute hier vor der Türe gehört haben, unter Druck gesetzt werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der AfD sowie bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wünscht die Fraktion Volt das Wort? - Das ist nicht der Fall. - Die AfD hat sich gemeldet. Herr Cremer.



**Christer Cremer (AfD):** Was Herr Sterck gerade gesagt hat, finde ich doch sehr interessant, meine Damen und Herren.

Liebe Frau Oberbürgermeisterin, ich hoffe, dass Sie bei der Polizei sicherstellen, dass der Zugang hier zum Gebäude das nächste Mal richtig abgesichert ist. Der Protest kommt auch wieder aus einer ganz speziellen politischen Richtung. Ich glaube, es ist dieser Stadt unwürdig, wenn Ratsmitglieder hier nicht mehr hingehen können.

Ich spreche aus eigener Erfahrung. Als wir unsere Wahlversammlung hier abgehalten haben, war das auch ein Speißrutenlaufen. Deswegen kann ich nur sehr hoffen, Frau Oberbürgermeisterin, dass Sie sich gemeinsam mit Ordnungsamt und Polizei für eine entsprechende Absicherung einsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächster hat Herr Zimmermann das Wort.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich versuche, es in drei Minuten hinzukriegen. Es sind ja zwei Tagesordnungspunkte. Bitte sehen Sie es mir daher nach, wenn das ein paar Sekunden länger werden sollte.

Wir stehen selbstverständlich zu dem Beschluss von Dezember 2018, zwei Planungen zu beauftragen. Das war ein sehr vernünftiger und guter Kompromiss. Wie auch schon erwähnt wurde, können wir dann, wenn die Planungen vorliegen, auf Faktenbasis entscheiden.

Wir vertrauen fest darauf, dass die Tunnellösung, wenn sie einmal ordentlich geplant ist, so derartig teuer sein wird und so derartig lange dauern wird und so einen unglaublich immensen Aufwand produzieren wird, dass die oberirdische Variante, die Frau Blome ebenfalls vorlegen wird, auch den Rest des Rates überzeugen wird.

Wir stehen also ganz klar zu der oberirdischen Lösung, wollen aber diese beiden Planungen abwarten und werden daher den Antrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE heute leider ablehnen.

Ganz kurz zu Herrn Sterck: Sie sprechen von einer Mehrheit für den Tunnel durch die Kommunalwahl. Ich sehe hier im Rat keine Mehrheit dafür. Insofern würde ich gerne von Ihnen wissen - vielleicht können Sie mir das ja später mal erklären -

, wo Sie Ihre zusätzlichen Stimmen für den Tunnel herkriegern wollen.

Möglicherweise spekulieren Sie auf die Stimmen von Volt. Volt hat gestern auf meiner Facebook-Seite geschrieben - das ist eine öffentliche Seite; deswegen kann ich das hier, glaube ich, auch gerne kurz vortragen -, dass sie sich jetzt positionieren und sich für einen viergleisigen Tunnel aussprechen. Weiter führen sie aus:

Volt sagt ganz klar Nein zu teuren Kompromissen, die wenig bringen. Die Lösung mit zweigleisigem Tunnel lehnen wir deshalb ab.

Jetzt habe ich eine Frage an Volt. Die viergleisige Tunnelvariante ist überhaupt nicht in Planung. Entweder möchte ich von Ihnen in den nächsten Wochen oder Monaten hier einen Antrag haben - und da bin ich einmal gespannt, ob Sie das in Ihrer Kooperation hinbekommen -, dass die viergleisige Planung beauftragt wird. Oder aber, da wir nur zweigleisig planen, Sie stehen zu Ihrem Wort und werden dann diese zweigleisige Planung ablehnen.

Sie erwähnen in Ihrem Post auch Straßburg als Beispiel. Straßburg ist ein sehr schönes Beispiel. Das geht auch in Richtung von Niklas Kienitz. Straßburg baut Straßenbahnen. Dort baut man eine Tram und hat nur eine einzige U-Bahn-Haltestelle. Und Straßburg wird als ein Gesamtkunstwerk gelobt, wie ausgezeichnet man es schaffen kann, eine oberirdische Variante mit dem Stadtraum zu versöhnen. Da werden Autospuren weggenommen, um sie dem ÖPNV zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der PARTEI und von Güldane Tokyürek [DIE LINKE])

Da werden die Parkplatzpreise dafür benutzt, um kostenlos Tram fahren zu können. Da muss das Gewerbe für den Ausbau der Tram bezahlen, weil das Gewerbe anschließend von dieser Infrastruktur profitiert.

Liebe Voltis, Straßburg ist also ein hervorragendes Beispiel - aber für die oberirdische Lösung.

Ganz kurz zum Schluss noch zu dem PR-Desaster: Es ist ja schon etwas zu dem „Störfeuer“ gesagt worden. Liebe Christiane, dein Vertrauen in die Verwaltung, dass sie selbstverständlich neutral in dieser Sache moderiert, in allen Ehren! Aber wir hatten 2013 schon einmal einen ähnlichen Fall. Die einen oder anderen werden sich vielleicht daran erinnern. Es ging damals um die Archäologische Zone. Auch da hatte die Stadt eine



#### 4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1

Werbeagentur, und zwar aus Wien, beauftragt. Und was hat diese Agentur gemacht? Sie hat die Wikipedia-Einträge geschönt. Irgendwann kam das heraus. Dann hat man das eingestellt. Aber dort wurden alle kritischen Kommentare zu diesem Projekt gelöscht - von der Agentur, die von der Stadt Köln bezahlt wurde. Das war auch nicht besonders schön und war auch eine Panne.

Mich ärgert das vor allem deswegen, weil wir - das gilt für den größten Teil hier im Rat - da draußen im Wahlkampf, privat etc. immer für die Politik und auch immer für die Verwaltung werben.

(Zuruf: Können wir bitte auf die Zeit achten?)

Und das, was Sie mit dieser Ausschreibung und diesem Text gemacht haben, zerstört das Vertrauen in die Verwaltung; tut mir leid.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Achtelik hat sich zu Wort gemeldet.

**Christian Achtelik (Volt):** Danke schön. - Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Thor, ich bin zwar nicht unser verkehrspolitischer Sprecher, versuche aber trotzdem einmal, eine kurze Antwort zu geben - und wirklich eine kurze; denn mir war nicht bewusst, dass wir die heutige Veranstaltung, die sehr kurz werden sollte, zu einer großen Debatte über das Thema „Tunnel oder kein Tunnel“ ausarten lassen.

(Lebhafter Beifall)

Ja, wir sind für eine Tunnellösung. Ja, das soll nach unseren Vorstellungen ein viergleisiger Tunnel werden, damit es auch die Effizienz bringt, die wir auf der Ost-West-Achse brauchen. Ja, das gilt es noch zu prüfen. Ja, die Gespräche dazu sind nicht leicht.

Ich bitte dich aber auch, wenn du uns zitierst, nicht unsere Punkte aus dem Wahlprogramm durcheinanderzuwerfen. Denn bei Straßburg geht es um den Vergleich zum Neumarkt - ein wunderschöner Platz, wenn er in Straßburg wäre. Dort würde er als zentralster Platz der Stadt nämlich sehr schön genutzt. Das ist in Köln leider anders. Deswegen möchten wir den so gewonnenen Platz auf dem Neumarkt für eine ähnliche Umsetzung nutzen.

Damit halte ich mich jetzt aber auch wirklich kurz. Ich freue mich, Thor, mit dir dann noch einmal persönlich darüber sprechen zu können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Volt, der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

**Walter Wortmann (Freie Wähler Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde dem Antrag der PARTEI insofern zustimmen, als dass er das Wort „gestoppt“ enthält. Wie will eine Agentur kommunizieren und sich auf ein Briefing vorbereiten, um sich Ihnen vorzustellen, wenn wir überhaupt nicht wissen, wie die Koalitionspapiere geschrieben werden? Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Der Begriff „gestoppt“ bedeutet ja nicht, dass es nicht stattfindet, sondern, dass es erst einmal angehalten werden soll. Deswegen werde ich diesem Antrag zustimmen.

Dem Antrag unter TOP 3.1.7 werde ich nicht zustimmen, weil wir unumwunden für die Tunnellösung sind. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, damit die Abstimmung richtig läuft - es ist ja von hier aus einigermaßen unübersichtlich -, würde ich gerne noch einmal die heutige Anwesenheit fürs Protokoll festhalten und bitte Sie um Bestätigung, wenn das, was ich hier notiert habe, stimmt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit 18 Mitgliedern vertreten. Die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion sind mit jeweils zwölf Mitgliedern vertreten. Die Fraktion DIE LINKE ist mit vier Mitgliedern vertreten. Die Fraktionen FDP, Volt und AfD sind mit jeweils drei Mitgliedern vertreten. Von den Gruppen nimmt die PARTEI mit zwei Mitgliedern teil. Die KLIMA FREUNDE vertritt Frau Gabrysch. Herr Zimmermann ist für die Gruppe GUT anwesend. Außerdem ist Herr Wortmann mit einer Stimme dabei. Ich bin auch ein Teil der 61 Mitglieder des Rates, die heute abstimmen. - Gut.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Antrag unter TOP 3.1.3. Gibt es Gegenstimmen? - Von AfD, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.



#### 4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1

Ich lasse nun über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.7 abstimmen. Auch hier frage ich nach Gegenstimmen. - Das sind die AfD, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, Volt, Herr Wortmann und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu:

#### **3.1.4 Antrag von Ratsmitgliedern verschiedener Fraktionen, Gruppen und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Livestream attraktiver gestalten“ AN/1423/2020**

**Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln AN/0213/2021**

**Änderungsantrag der AfD-Fraktion AN/0244/2021**

Dazu habe ich eine Rednerliste, die mir noch ziemlich unvollständig vorkommt. Wünscht Bündnis 90/Die Grünen das Wort? - Herr Bauer-Dahm.

**Daniel Bauer-Dahm** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir haben hier einen fraktionsübergreifenden Antrag von Einzelvertretern vorliegen - allein das finde ich schon hervorhebenswert und lobenswert -, der aus meiner Sicht zwei Dinge vereint.

Erstens wird der Grundsatz der Öffentlichkeit nicht nur gewahrt, sondern ausgeweitet, was gerade in diesen schwierigen Zeiten von enormer Wichtigkeit ist, wie ich finde. Wir wollen explizit größere Teile der Stadtgesellschaft dadurch einbinden, und zwar barrierefrei, und erreichen.

Zweitens werden die Rechte der einzelnen Ratsmitglieder am eigenen Wort und am eigenen Bild durch diesen Antrag nach wie vor gestärkt und herausgehoben.

Daher wird meine Fraktion auch mehrheitlich für den Ursprungsantrag stimmen.

Ich möchte aber noch zu den beiden Änderungsanträgen Stellung nehmen und mit dem Änderungsantrag der Ratsgruppen beginnen.

Wie gerade schon gesagt, haben wir ja bereits die Barrierefreiheit inkludiert. Insofern sehen wir die Einschränkungen kognitiver Art, die dort noch ein-

mal explizit aufgeführt werden - Seheinschränkung, Höreinschränkung -, bereits in unsere Prüfung einbezogen.

Wir wollen auch nicht nur einen zweijährigen Piloten haben. Vielmehr möchten wir ein dauerhaftes Konstrukt sehen und uns hierfür von der Verwaltung etwas erarbeiten lassen.

Aus genau diesem Grund lehnen wir auch den Punkt 2 ab, in dem es um die Ausschüsse und um die BVen geht. Denn wir wollen das Ganze zuerst einmal exemplarisch am Rat erarbeiten. Wenn es beim Rat gut funktioniert, spricht überhaupt nichts dagegen, dass die BVen, wenn das der Wunsch der BVen ist, es genauso machen können. Wir würden aber gerne erst dann mit einem guten Konzept an die BVen herantreten und ihnen das ermöglichen.

Den AfD-Antrag lehnen wir ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächster hat Herr Homann das Wort.

**Mike Homann** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag aus der Mitte des Rates ist tatsächlich beispiellos. Das ist ein sehr gutes Zeichen, um Politik den Bürgern noch ein bisschen näherzubringen. An dieser Stelle darf ich auch erwähnen - meine Kollegen Geschäftsführer sitzen dort -, dass er aus dem Kreise der Geschäftsführer initiiert worden ist; das darf man, glaube ich, sagen.

Wir wollen Barrierefreiheit haben. Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Hinweis an die Verwaltung. Der Link zum Livestream der Ratssitzung ist nicht auf der Startseite der Stadt Köln und muss immer ein bisschen gesucht werden. Vielleicht kann man ihn während der Sitzung auf die Startseite ziehen.

Darüber hinaus finden wir den Antrag sehr gut - und natürlich auch, dass es jedem Einzelnen bei uns in der Fraktion überlassen ist, wie er heute abstimmt, ob er also dafür ist oder nicht. Wir haben den Fraktionszwang aufgehoben,

(Zurufe: Fraktionszwang?)

weil es um das Persönlichkeitsrecht eines jeden Einzelnen geht. Das muss natürlich jeder Einzelne für sich entscheiden.

**4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1**

Nichtsdestotrotz - das kann ich schon einmal vorwegnehmen - wird die SPD-Fraktion, ohne dass wir es vorgegeben hätten, heute einstimmig für diesen Beschluss stimmen.

Den Änderungsantrag der Gruppen GUT, KLIMA FREUNDE und Die PARTEI werden wir ablehnen, wenn er so stehen bleibt. Wenn es ein Prüfantrag werden würde, könnten wir dem zustimmen. Aber in der jetzigen Form können wir das nicht.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas zu diesem Änderungsantrag sagen. Darin steht, dass eine Übersetzung in einfache Sprache gewünscht wird. Es hängt natürlich immer an uns selber, wie einfach wir sprechen, damit es auch verständlich ist. Ich kann nur sagen: Heute habe ich hier schon Wortbeiträge gehört, die ich zwar gehört habe, aber nicht verstanden habe, jedenfalls was die Herrschaften rechts hinter mir angeht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Alle Mitglieder der Fraktion DIE LINKE werden diesen guten Antrag unterstützen. Der seit Jahren in Köln bereits übliche Livestream wird mit ihm sinnvoll ergänzt.

Diese beiden Angebote, also den Livestream und die Möglichkeit, ein abgespeichertes Video anzusehen, gibt es in München bereits seit Jahren. Dort hat man sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Die Stadt München sagt, dass bis zu 1 000 Nutzer und Nutzerinnen den Livestream ihrer Ratssitzungen verfolgen und dass noch einmal 500 hinzukommen, die die abgespeicherte Version nutzen.

Wir denken, dass dieses Angebot auch in einer Stadt wie Köln auf großen Zuspruch stoßen wird. Viele Bürgerinnen und Bürger verfolgen glücklicherweise die Themen, über die im Rat entschieden wird, interessiert und oft auch sehr kompetent. Eine Weiterentwicklung der Möglichkeiten, die Ratsvorgänge einer demokratischen Öffentlichkeit transparent zu machen, ist deshalb sehr gut.

Wie stark das Interesse daran ist, haben wir auch heute vor der Ratssitzung gesehen, als Bürgerin-

nen und Bürger - und da stimmen wir in der Bewertung nicht mit Herrn Sterck überein - ihre Meinung zu der Frage eingebracht haben, ob es unter dem Neumarkt ein Milliardengrab „Ost-West-Tunnel“ geben soll.

Genauso wird für eine bessere Unterbringung von Obdachlosen gestritten. Außerdem geht es um die erneuerbaren Energien bei der RheinEnergie.

Das alles sind sehr wichtige und zentrale Themen. Insofern ist es sehr gut, dass sich Menschen in Köln dafür engagieren.

Der Antrag selbst bezeichnet die Archivierung klugerweise als „nächste Stufe“, mit der der Livestream attraktiver gestaltet wird.

Deshalb sehen wir den Änderungsantrag von GUT, KLIMA FREUNDEN und Die PARTEI auch als eine solche Weiterentwicklung an und werden ihn unterstützen. Es gab in der Vergangenheit ja bereits den Versuch, durch einen Gebärdensprachdolmetscher auf der Rattribüne die Barrierefreiheit der Ratssitzung zu verbessern. Einen zweijährigen Pilotversuch, der mehrere Gebärdensprachdolmetscher\*innen, eine Audiodeskription für Blinde und Sehbehinderte und eine Übersetzung in einfache Sprache umfasst, halten wir für sehr sinnvoll.

Auch über die Punkte 2 und 3 des Änderungsantrags könnten wir positiv abstimmen. Wir möchten Sie, die Antragstellerinnen und Antragsteller, aber bitten, noch einmal zu überlegen, ob Sie möglicherweise der Umwandlung in einen Prüfantrag zustimmen. Denn wenn heute keine Mehrheit für Ihren Antrag hier abzusehen ist, wäre das eine Möglichkeit, dies in die weitere Diskussion des Rates in den Fachausschüssen einzubringen. Das würden wir natürlich auch unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

**Volker Görzel (FDP):** Ganz herzlichen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Ratsfraktion stimmt geschlossen für diesen Antrag. Wir stimmen mit einer Stimme.

Die Älteren unter Ihnen erinnern sich auch, dass das Ganze bei uns gute Tradition ist; denn wir hatten seinerzeit, in den frühen 2010er-Jahren, den



ursprünglichen Antrag auf Einführung eines Livestreams in diesen Rat eingebracht.

Seitdem hat sich der Livestream zeitgemäß, aus unserer Sicht allerdings viel zu langsam weiterentwickelt. Deswegen sind wir über den heutigen Antrag auch sehr erfreut.

Ich möchte betonen, dass Folgendes für uns besonders wichtig ist: Gerade in Corona-Zeiten, in denen viele Entscheidungen durch die Verwaltung getroffen werden müssen, sollten wir als ehrenamtliche Volksvertreter schon den selbstbewussten Anspruch haben, deutlich ein Zeichen nach außen zu setzen, dass wir existieren, dass wir uns den Themen der Stadt annehmen und dass wir gegebenenfalls - das sei mit Verlaub erklärt - die Verwaltung bezüglich der einen oder anderen Corona-Entscheidung auch kritisieren. Und das gehört breit in die Medien.

Das Stichwort „Medien“ führt zum Stichwort „Mediathek“. Für uns ist es Ausdruck der Transparenz, dass die Bürgerinnen und Bürger sich selbstverständlich auch nach einer Sitzung abends beim Glas Rotwein die eine oder andere Rede oder Passage noch einmal anschauen können und ihr nicht tagsüber während der Arbeitszeit lauschen müssen.

Last, but not least zu den beiden Änderungsanträgen: Den Änderungsantrag von GUT, KLIMA FREUNDEN und Die PARTEI werden wir übernehmen. Wir finden insbesondere die Passagen sympathisch, die die Ausschüsse betreffen; denn in den Ausschüssen wird ja noch dezidierter und konkreter gearbeitet. Auch die direkt vor Ort tätigen Bezirksvertretungen sollten unserer Ansicht nach einbezogen werden. Deswegen bedanke ich mich sehr dafür, dass Sie diesen Änderungsantrag gestellt haben.

Der Änderungsantrag der AfD enthält nichts Substanzielles. Deswegen werden wir diesem nicht Substanziellen auch nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Jeschka.

**Manuel Uwe Jeschka** (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich halte mich auch ganz kurz. Vorab sage ich allerdings: Ich bin auch Teil

einer Fraktion. Aber ich unterliege dennoch keinem Fraktionszwang. Ich bin nur meinem Gewissen unterworfen. Das steht, glaube ich, so im Grundgesetz.

Ansonsten stimme ich, stimmen wir als Volt dem Änderungsantrag zu. Wir halten das für eine sehr gute Sache. Es geht ja tatsächlich um ein Pilotprojekt. In zwei Jahren kann man dann schauen, ob das sinnvoll war oder nicht, und es dann auch weiterentwickeln. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Gabrysch, wünschen Sie das Wort?

**Nicolin Gabrysch** (KLIMA FREUNDE): Ja. Vielen Dank. - Es freut mich auch, dass immer mehr kommt, dass ich Gabrysch heiße und nicht Grabysch. Vielleicht darf ich alle, die sich da manchmal noch vertun, an dieser Stelle auch noch einmal offiziell darauf hinweisen.

Auf jeden Fall schon einmal vielen Dank für die Wortbeiträge. Ich denke auch, dass uns dieses Thema ja noch länger beschäftigen wird.

Was uns jetzt noch zusätzlich beschäftigt, ist tatsächlich ein bestimmter Wunsch. Da stehe ich hier wieder als Anfängerin mit einer Frage an alle. Wir haben ja jetzt oder zumindest bald den neuen Ausschuss für Digitalisierung. Nach unserer Meinung macht es natürlich Sinn, wenn man so eine Technik neu aufsetzt und solche Dinge neu anleiert und entscheidet, dass das dann in dem entsprechenden Ausschuss bearbeitet und ausgearbeitet wird.

Insofern ist meine Frage als Anfängerin: Können wir das heute hier noch irgendwie entsprechend entscheiden? Dann würde ich einen Antrag darauf stellen - oder in welcher Form auch immer das nötig wäre -, dass diese Thematik in den Ausschuss für Digitalisierung verschoben wird.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Breite.

**Ulrich Breite** (FDP): Selbstverständlich kann man diesen Antrag stellen. Insbesondere für euren eigenen Antrag könnt ihr das machen. Dann muss es dafür eine Mehrheit geben. Aber dann heißt das erst einmal, dass das nicht umgesetzt wird.



Mit dem Antrag, der hier aus der Mitte des Rates kommt und auf den Erfahrungen basiert, die wir haben, möchten wir den Livestream anders machen - so wie zum Beispiel Düsseldorf. Da möchte ich als Kölner nicht mehr hinterherhängen; das muss ich wirklich einmal sagen. Darum möchte ich, dass das heute auch beschlossen wird.

Ich habe das Vertrauen in die Verwaltung, die jetzt auch schon Erfahrung mit dem Livestream gemacht hat, dass sie die Umsetzung dessen, was wir heute in diesem Antrag aus der Mitte des Rates stehen haben, auch schafft.

Dann kann sich der Ausschuss für Digitalisierung das nachher auch noch einmal anschauen. Vielleicht hat er dann auch noch Verbesserungsvorschläge.

Ihr habt ja jetzt etwas Weiterreichendes beantragt. Das müsste man auch wirklich ausprobieren. Da kann es vielleicht sinnvoll sein, das dort zu beraten. Aber das müsst ihr entscheiden. Das ist eure Sache.

Aber ich bitte doch sehr darum, dass wir den Ursprungsantrag, nachdem wir das endlich mit diesen Unterschriften geschafft haben, heute auch verabschieden. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg\*innen! Zur Barrierefreiheit: Herr Bauer-Dahm, in der Tat enthält Ihr Antrag einen Punkt zur Barrierefreiheit. Er lautet aber nur:

Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, wie der Livestream und die Archivierung barrierefrei gestaltet werden kann.

Das ist noch nicht einmal ein Prüfauftrag. Das ist wirklich sehr schwach. Das ist gar nichts.

Menschen mit Behinderung haben nun einmal aufgrund der UN-Konvention schlicht und einfach das Recht, diese Informationen, die wir hier diskutieren, auch verfolgen zu können, nachhören oder nachsehen zu können, wie auch immer. Diese Möglichkeit müssen wir ihnen schaffen.

Herr Breite hat gerade Düsseldorf angesprochen. Düsseldorf archiviert nicht nur schon seit Langem den Stream, sondern man kann dort auch einfach

in der App auf „mit Gebärdendolmetschung“ klicken. Dann sieht man das. Das geht. Das ist technisch möglich.

Das war auch die Intention bei unserem Antrag. Es macht überhaupt keinen Sinn und gibt gar keine Notwendigkeit, das jetzt noch weiter bei der Verwaltung schlummern zu lassen. Wir wollen die Verwaltung beauftragen, es umzusetzen - natürlich erst einmal nur in einem Pilotversuch, damit wir gucken: Wie kommt es an? Wird es überhaupt genutzt?

Daher rührt die Befristung auf zwei Jahre. Und dann sieht man weiter. Natürlich kann man den Piloten dann fortsetzen. Wenn das Angebot aber überhaupt nicht angenommen wird, muss man darüber nachdenken, ob es vielleicht doch nicht notwendig ist.

Zur Finanzierung haben wir extra deswegen auch einen Punkt aufgenommen. Wir wollen es nicht morgen haben. Natürlich kann das Ganze erst dann starten, wenn es auch finanziert ist. Daher hat die Verwaltung noch genügend Zeit, das zu prüfen und vorzubereiten. Insofern werbe ich noch einmal ausdrücklich für unseren Punkt in dieser Frage.

Zu den Bezirksvertretungen und den Ausschüssen, Herr Bauer-Dahm, findet sich in dem Antrag der Mehrheit überhaupt nichts, kein einziges Wort. Wir möchten gerne, dass das mit hineinkommt. Es ist ja in diesem Punkt tatsächlich erst einmal nur eine Prüfung. Das halten wir auch für wichtig. Denn manche Debatten werden tatsächlich in den Bezirksvertretungen oder in den Fachausschüssen geführt. Und warum soll man das, wenn der Ausschuss es selber wünscht, nicht technisch möglich machen? - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Um noch einmal zu erklären, wie hier die Rednerreihenfolge ist: Es handelt sich um Antragsteller. Diese sprechen zunächst. Deswegen frage ich jetzt auch erst Herrn Wortmann, ob er sprechen möchte. - Nein, er spricht nicht. Dann hat Herr Büschges das Wort.

**Matthias Büschges (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen! Ich bin ein bisschen erstaunt, Herr Görzel und Herr Breite. Wo waren Sie denn Ende letzten Jahres, als wir genau diesen Antrag eingebracht haben? Damals haben Sie sich noch dagegen ausgesprochen.

**4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1**

An die Adresse von Herrn Homann: Sie hätten uns ja auch für die Geschäftsführerrunde fragen können. Wir hätten dann selbstverständlich mit daran gearbeitet und auch zugestimmt.

Das Beispiel von Düsseldorf ist heute mehrfach erwähnt worden. Auch das entspricht genau der damaligen Rede von Herrn Boyens.

Aber ich möchte auch etwas Gutes daran lassen; denn wir als AfD-Fraktion stehen selbstverständlich dem Vorstoß, den Livestream endlich attraktiver zu machen, ganz offen gegenüber.

Wie gesagt, hätten Sie das schon im letzten Jahr mit uns haben können. Aber wir haben es ja beim AZ-Antrag gesehen: Da schlägt die AfD mal was Gutes vor, und dann wird es abgelehnt.

(Zuruf: Oh!)

- Ja, nicht so traurig sein.

Wir können diesem Vorstoß zustimmen - und auch den Änderungsanträgen. Ich schließe mich den Kollegen an. Wenn sie in Prüfaufträge umgewandelt werden, können wir auch damit leben und ihnen zustimmen. Damit zeigen wir den Kölnerinnen und Kölnern, die nicht hier sind oder nicht hier sein können, dass wir gemeinsam etwas Gutes auf den Weg bringen können.

Wir möchten als AfD den Livestream noch attraktiver machen. Das funktioniert aber nicht allein durch diese Ausweitung des Angebotes. Das Recherchesystem und die Speicherung finden wir zwar sehr gut. Wir möchten aber gerade auch an die Hardware herangehen. Denn was nützt uns das neueste Auto, wenn der Motor nur im ersten Gang läuft?

Hat sich jemand von Ihnen schon einmal die Livestream-Übertragung angeschaut? Die Qualität ist zwar erträglich. Das Ganze erinnert aber eher an die frühen 2000er-Jahre - und nicht an das Jahr 2021.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen müssen wir die technischen Möglichkeiten schaffen, die es zulassen, dass man diese Übertragung auch ohne Kopfschmerzen sehen kann.

Neben den guten Vorschlägen - Umsetzung der Barrierefreiheit, Speicherung der Sitzungen, Recherchemöglichkeiten etc. - wollen wir uns abschließend vor allem für die Überprüfung einer Verbesserung der Kamera aussprechen.

Liebe Kollegen, lassen Sie uns doch einmal gemeinsam Köln zeigen, dass wir den Livestream attraktiver machen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Der guten Ordnung halber darf ich darauf hinweisen, dass die Ratssitzung während der Sitzung natürlich immer auf der Startseite verlinkt ist - auch heute. Ich durfte mich unmittelbar nach Ihrem Beitrag davon überzeugen.

(Mike Homann [SPD]: Im Laufband!  
Aber egal!)

- Ich schicke auch gerne Herrn Vogel einmal herunter.

(Mike Homann [SPD]: Alles gut! Wir sind gerade in der Klärung!)

- Okay. Danke schön.

Dann lasse ich jetzt abstimmen - weitere Wortmeldungen sehe ich nämlich nicht -, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der Gruppen, danach über den Änderungsantrag der AfD und dann über den Ursprungsantrag. - Herr Kienitz.

**Niklas Kienitz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beantragen, über den Änderungsantrag der Gruppen einzeln abzustimmen, also bitte die einzelnen Punkte zur Abstimmung zu stellen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Eine ganz kurze Verständnisfrage zum Verfahren: Ich habe ja bei der Einbringung gehört, dass der Fraktionszwang aufgehoben ist. Dann gehe ich davon aus, dass dies auch für die Änderungsanträge gilt.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Es gibt ja offiziell gar keinen Fraktionszwang.

Dann lasse ich so wie eben angekündigt und beantragt abstimmen und beginne mit dem Punkt 1 des Änderungsantrags der Gruppen. Wer ist dafür? - Das ist jetzt von hier aus ein bisschen kompliziert; aber wir werden es bestimmt hinkom-





#### 4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1

men. Das sind die Fraktion DIE LINKE, Die PARTEI, die FDP-Fraktion ganz, Teile der CDU, nämlich sechs Stimmen, Volt ganz, Herr Wortmann, Herr Zimmermann, Frau Gabrysch und Herr Schwantz, also eine Stimme von den Grünen. Bei der SPD habe ich niemanden gesehen. Gibt es Enthaltungen? - Das sind die AfD ganz, also drei Stimmen, und bei den Grünen vier Enthaltungen. Weitere Enthaltungen gibt es nicht. Dann ist der Punkt 1 dieses Änderungsantrags abgelehnt.

Wer stimmt für den Punkt 2 des Änderungsantrags der Gruppen? - Das sind DIE LINKE, die AfD-Fraktion, die SPD-Fraktion komplett, Die PARTEI, Frau Gabrysch, von den Grünen zwei Stimmen, von der CDU keine Stimme, die FDP komplett, Volt komplett, Herr Wortmann und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Ich sehe sechs Hände von den Grünen. Dann müsste das die Mehrheit sein. Gegenstimmen? - Die CDU-Fraktion komplett und zehn Stimmen von den Grünen. Dann ist diesem Punkt zugestimmt.

(Vereinzelt Beifall)

- Wir kommen ja noch zur Gesamtabstimmung. Ich bin jetzt immer noch bei dem Änderungsantrag der Gruppen. - Wer dem Punkt 3 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die AfD-Fraktion, die LINKEN, die SPD-Fraktion, Die PARTEI, Frau Gabrysch, von den Grünen zwei Stimmen, die CDU komplett, die FDP komplett, Volt komplett, Herr Wortmann und Herr Zimmermann. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das sind die anderen der Grünen. - Ich muss mir das hier auch aufschreiben; sonst wird es völlig unübersichtlich. - Noch einmal die Enthaltungen, bitte. Ich bin bisher nur bis zu den Grünen gekommen. Weiter bin ich noch nicht gekommen. Gibt es auf dieser Seite des Raumes noch Enthaltungen? - Das kann es auch nicht. Sie haben ja eben alle zugestimmt. Punkt 3 hat damit auch eine Mehrheit bekommen. - Ich mache hier nur die Gegenprobe. Das, was hier verkündet wird, muss ja stimmen.

Jetzt kommen wir zu einer Gesamtabstimmung über diesen Änderungsantrag der Gruppen - natürlich nur mit den Punkten 2 und 3; der Punkt 1 hat ja keine Mehrheit bekommen. Gibt es Gegenstimmen gegen die Punkte 2 und 3?

(Ralph Sterck [FDP]: Gibt es nicht!)

- Was gibt es nicht?

(Ralph Sterck [FDP]: Sie können doch nicht noch einmal über den Gesamtantrag abstimmen lassen!)

- Das muss ich doch.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein! Wir haben doch punktweise abgestimmt!)

- Ja. Aber ich mache doch immer die punktweise Abstimmung und lasse dann über den Gesamtantrag abstimmen.

(Zuruf: Bei Vorlagen!)

Das ist doch keine Neuigkeit.

(Ralph Sterck [FDP]: Über den so geänderten Ursprungsantrag, ja!)

Ein Blick in die Geschäftsordnung wird uns weiterhelfen.

(Ralph Sterck [FDP]: Über den so geänderten Ursprungsantrag können Sie abstimmen lassen!)

- . Meines Erachtens gilt das auch dafür.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein! Wenn Sie punktweise abstimmen, nicht!)

Ich muss beides zur Abstimmung stellen. Ich muss hinterher auch noch über den geänderten Ursprungsantrag abstimmen lassen.

(Ralph Sterck [FDP]: Das ja, aber nur das!)

- Natürlich.

(Ralph Sterck [FDP]: Aber diese Abstimmung ist falsch, weil Sie dann das Ergebnis verfälschen!)

§ 24, Abstimmungsverfahren. - Ja, es ist eine komplizierte Abstimmung. Aber ich bin der Meinung, dass der Änderungsantrag jetzt noch einmal als Ganzes abgestimmt werden muss -

(Zuruf: Dann machen wir das doch!)

der Änderungsantrag, nicht der Ursprungsantrag; der auch, aber erst am Schluss der Abstimmung. So steht es in § 24 der Geschäftsordnung.

Meine Damen und Herren, ich erinnere daran, dass das Ihre Geschäftsordnung ist.

(Heiterkeit)

Das ist für mich nämlich schwierig. Ich werde immer für diese Geschäftsordnung verantwortlich gemacht, obwohl ich sie selber gar nicht erfunden habe.



Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Gruppen bezüglich der Punkte 2 und 3 - das ist nämlich die geänderte Fassung - abstimmen und frage nach Gegenstimmen.

Das hat man davon, wenn man so eine komplizierte Abstimmung beantragt. Wollen wir jetzt bei dieser komplizierten Abstimmung bleiben?

Wie viele von den Grünen stimmen dagegen?

(Zuruf: Worüber stimmen wir ab?)

- Ich lasse über den gesamten Änderungsantrag abstimmen, der so geändert wurde, dass der Punkt 1 nicht beschlossen wurde, aber die Punkte 2 und 3 beschlossen wurden. Darüber muss ich noch einmal insgesamt abstimmen lassen.

Gegenstimmen? - Bei den Grünen sehe ich zwei Gegenstimmen. Bei der CDU sind es alle. Gibt es Enthaltungen? - Wir haben bei den Grünen jetzt 14 gezählt. Weitere Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist der Änderungsantrag in der geänderten Form beschlossen. - Nach dieser Abstimmung ist man ja zwangspromoviert.

Jetzt lasse ich über den AfD-Antrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich noch über den Ursprungsantrag in der geänderten Fassung abstimmen, meine Damen und Herren. Ich möchte jetzt wirklich die Fraktionen einzeln aufrufen. Das ist von hier aus nämlich sonst sehr unübersichtlich. Ich rufe Sie jetzt so auf, wie Sie sitzen, und beginne mit den LINKEN. Wer stimmt dem geänderten Ursprungsantrag zu? - Die komplette LINKE, vier Stimmen. Die AfD? - Stimmt komplett zu, drei Stimmen. Die SPD-Fraktion? - Stimmt komplett zu. Die PARTEI? - Stimmen beide dafür. Frau Gabrysch? - Stimmt auch dafür. Die Grünen? - Wir sehen 15 Stimmen dafür. Die CDU-Fraktion? - Ich zähle sieben Stimmen dafür. Die FDP-Fraktion? - Stimmt geschlossen dafür, drei Stimmen. - Volt? - Ebenfalls drei Stimmen dafür. Herr Wortmann? - Stimmt dafür. Herr Zimmermann? - Auch. Gibt es Gegenstimmen? - Drei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Drei. Dann ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

### 3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Impf-Taxi-Gutscheine für vulnerable Gruppen, Hilfen für Taxi-Unternehmen in Köln“

AN/0196/2021

#### Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/0246/2021

Herr Boyens.

**Stephan Boyens (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir vor circa zwei Wochen unseren Antrag zur Ausgabe von Impf-Taxi-Gutscheinen gestellt hatten, waren wir sehr erfreut, zwei oder drei Tage später bereits der Presse entnehmen zu können, dass die Stadt genau dieses umsetzt und auch so handhabt. Wir freuen uns darüber, dass Sie auch in diese Richtung denken und handeln.

Allerdings hätten wir uns gewünscht, dass das deutlich unbürokratischer läuft. Wir müssen der Presse entnehmen, dass man eine Pflegegrad-Bescheinigung braucht, zum Hausarzt gehen muss usw. usf.

In unserem Änderungsantrag schlagen wir daher vor, unbürokratisch entsprechende Gutscheine an alle über 70-Jährigen auszugeben. Unter Vorlage des Personalausweises können sie ihn in Anspruch nehmen, um zum Impfzentrum hin und wieder zurück zu fahren, und damit ist die Sache gegessen.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben zu Recht auf einen weiteren Punkt hingewiesen, nämlich gesagt, dass damit auch die Möglichkeit besteht, einem Gewerbe, dem es sehr schlecht geht, dem Taxigewerbe, etwas Gutes zu tun. Das unterstützen wir.

Wir fordern die Verwaltung auch auf, dort gerade in den Corona-Zeiten genauer hinzuschauen. Sprechen Sie einmal mit Taxiunternehmen. Dort wird man Ihnen sagen, dass ganz viele Taxifahrer zwar offiziell in Kurzarbeit sind, aber 12 oder 14 Stunden auf der Taxe sitzen, um Geld zu holen. Da muss das Ordnungsamt, da müssen wir genauer hinschauen. Es gibt etliche schwarze Schafe.

Wir schlagen hier zwei Maßnahmen vor.

Zum einen sollten Hauptzollamt und Ordnungsamt dort schärfer kontrollieren. Wenn das Zollamt das einmal tut und beispielsweise am Hauptbahnhof Kontrollen durchführt, sind binnen Minuten 30



Prozent der Taxen weg, weil sie plötzlich einen Ölwechsel und einen dringenden Reifenwechsel vornehmen müssen. Sie können sich denken, warum sie plötzlich verschwinden. Das ist also ein Riesenthema. Dort müsste die Stadt und sollte die Stadt den rechtschaffenen Taxiunternehmen den Rücken stärken, indem schärfer und enger kontrolliert wird und indem Unternehmen wie Uber, die nicht zugelassen sind, das Leben schwermacht wird.

Zum anderen sollten die Taxiunternehmen diese Gutscheine bekommen, damit sie über die nächsten Tage und Wochen eine gewisse Zusatzeinnahme haben. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Hammer.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus unserer Sicht hat sich dieser Antrag erledigt, da die Verwaltung bereits, wie am Anfang dargestellt, entsprechende Maßnahmen ergriffen hat. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann lasse ich jetzt über den Erledigungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag angenommen, und der Antrag der AfD hat sich erledigt.

Ich rufe auf:

**3.1.6 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „Resolution zur Finanzsituation der Kommunen in der Covid 19-Pandemie“**  
AN/0199/2021

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppe KLIMA FREUNDE und Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)**  
AN/0232/2021

Herr Joisten hat als Erster das Wort.

**Christian Joisten** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine geschätzten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will versuchen, es kurz zu machen, weil wir hier doch sehr einheitlich unterwegs sind. Es geht darum, aus diesem Stadtrat heute noch einmal die klare Botschaft an das Land zu senden, dass die Corona-Hilfen, die bisher von Bund und Land gewährt wurden, durchaus schon vieles gelindert haben, bei Weitem aber noch nicht die Entlastung gebracht haben, die wir brauchen, und vor allen Dingen in die Zukunft gerichtet fortgeschrieben werden müssen.

Wir wollen diese Resolution auch zum Anlass nehmen, noch einmal sehr deutlich zu machen, dass wir auch einen Verteilungsschlüssel brauchen, der den unterschiedlichen Situationen in den Kommunen gerecht wird. Deswegen ist uns sehr wichtig, dass heute hier mitbeschlossen wird und noch einmal in Richtung Land gesendet wird, dass gerade auch das, was wir jetzt an Nichtschließung von Lücken im Haushalt für 2020 hatten, doch dann in den weiteren Hilfen von Bund und Land entsprechend Berücksichtigung findet. Deswegen sind wir froh darüber, auch an dieser Stelle eine sehr klare Botschaft senden zu können.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die aus allen Fraktionen konstruktiv daran mitgewirkt haben, dass uns das möglich war; denn ich glaube, dass wir nur dann, wenn wir gemeinsam und geschlossenen klaren Botschaften an die Bundesregierung und an die Landesregierung senden, auch gehört werden. - In diesem Sinne sage ich ein herzliches Dankeschön und freue ich mich gleich auf eine breite Mehrheit für diesen Antrag.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Tokyürek hat das Wort.

**Güldane Tokyürek** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die COVID-19-Pandemie darf keine Kürzungswelle folgen. Die Pandemie hat für viele Menschen Kurzarbeit gebracht; kleine Unternehmen sind von Pleiten bedroht; Vereine und Initiativen haben Mühe, die Pandemie zu überstehen.

Wir dürfen aus der schwierigen Lage des Kölner Haushaltes nicht die falsche Schlussfolgerung ziehen, ihn durch Kürzungen sanieren zu wollen. Würde die Stadt sich als Auftraggeberin, als

**4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1**

Nachfragerin von Dienstleistungen und auch als Fördergeberin einschränken, würde dies vielen Unternehmen, Vereinen und Initiativen den Rest geben.

Kommunen, auch Köln, können nur zum kleineren Teil über ihre Einnahmen und ihre Ausgaben selbst entscheiden. Den größeren Einfluss haben der Bund und das Land. Daher sind Bund und Land gefordert, den Kommunen die Kosten und Einnahmeausfälle zu erstatten, die ihnen durch die Pandemie entstanden sind und noch entstehen werden.

Und diese sind echt gewaltig. Die Kämmerei rechnet bis 2024 mit einem Minus von 966 Millionen Euro. Der Städtetag erwartet bei den Kommunen bis 2024 ein Defizit von etwa 35 Milliarden Euro. Das können die Kommunen nicht tragen. Sie sind bereits ohne Krise strukturell unterfinanziert.

Der Bund und die Länder haben in 2020 den Kommunen die Ausfälle bei der Gewerbesteuer erstattet. Das war eine gute und richtige Entscheidung.

Die Entlastung bei den Kosten der Unterkunft kam auch zur richtigen Zeit. Das hatten die kommunalen Spitzenverbände ja schon lange gefordert. Dies hat allerdings nicht direkt mit der Pandemie zu tun.

Wichtig ist aber, dass Bund und Land nun nicht nachlassen, sondern auch für 2021 und die Folgejahre die Steuerausfälle ausgleichen. Die Kommunen dürfen nicht auf den Kosten der Pandemie sitzen bleiben.

Insofern freue ich mich darüber, dass wir heute einen gemeinsamen Resolutionsantrag zustande gebracht haben. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Gabrysch.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Ich mache es kurz. Eigentlich habe ich nichts zu ergänzen. Ich finde es aber großartig - das möchte ich noch hinzufügen, auch Bezug nehmend auf das, was hier gerade passiert ist -, dass es doch sehr positive Beispiele dafür gibt, dass wir hier unabhängig von den Farben, die wir tragen, zusammenarbeiten. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Schneeloch hat das Wort.

**Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen):** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste und liebe Zuschauer am Stream! Eine Resolution ist ein Stilmittel, welches wir hoffentlich in dieser Ratsperiode nicht allzu häufig und inflationär benutzen werden.

Aber dennoch bin ich sehr froh darüber, dass wir hier gemeinschaftlich zu einer Lösung kommen, unseren Unmut in Richtung Land und Bund kundzutun und deutlich zu machen, dass wir als Kommune nicht im Regen stehen gelassen werden wollen.

Die Corona-Pandemie trifft nicht nur unsere Kölner Gewerbetreibenden, unsere Friseurinnen und Friseure, unsere Gastronomie und unseren Einzelhandel - die übrigens immer noch auf ihre Hilfen aus Dezember und November warten -, sondern wird auch an uns als Stadt nicht spurlos vorbeigehen. Auch wenn wir das Narrativ des enger geschnallten Gürtels eigentlich nicht bedienen wollen, dürfen wir uns hier alle nichts vormachen: Die Realität wird eine andere sein.

Die Gewerbesteuerausfälle können wir zwar buchhalterisch ausbuchen. Belasten werden sie uns in den kommenden Jahren trotzdem.

Unser gemeinsamer Appell an Bund und Land ist daher wichtig. Wir wollen nämlich in Zukunft nicht Klimaschutz gegen Spielplätze oder die Mobilitätswende gegen die Kulturförderung ausspielen müssen. Deshalb müssen wir finanziell gut ausgestattet sein und dürfen nicht auf den Kosten der Pandemie sitzen bleiben.

Daher ist unser gemeinsamer Appell, dass die Gelder auch bei uns ankommen, dass wir handlungsfähig bleiben, dass wir unsere Stadt weiter in Richtung einer ökosozialen Stadt transformieren können und dass wir das auch unter einem angespannten finanziellen Haushalt weiterhin tun können und dürfen.

Vielleicht darf ich unsere Kollegen, die auf Landesebene sitzen und Zugang zur Regierung haben, bitten, das einfach einmal dort zu platzieren, wo es auch nötig ist.

Ich bin froh darüber, dass wir das heute hier zusammen beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall)



**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Petelkau hat das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer am Livestream und hier im Hause! Ich halte es für wichtig, mit einem Dank zu starten; denn im letzten Jahr haben Bund und Land die Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Das war nicht selbstverständlich. Wir haben nachhaltige Entlastungen bei den Kosten der Unterkunft, die uns auch in den nächsten Jahren noch wertvolle Entlastung im Haushalt bringen.

Nichtsdestotrotz ist es wichtig - da wir wahrscheinlich erst Ende September komplett durch die Impfstraßen durch sind und die Pandemie auch dieses Jahr weiterhin negative Effekte nicht nur auf die Wirtschaft, sondern damit indirekt auch auf unseren kommunalen Haushalt hat -, dass wir hier analog dem Städtetag ein gemeinsames Zeichen setzen und Bund und Land auffordern, auch für 2021 und gegebenenfalls 2022 noch einmal entsprechende Hilfspakete zu schnüren, damit die Kommunen nach der Krise auch genauso kraftvoll dastehen wie zuvor. Das ist unser gemeinsames Ziel.

Das schließt natürlich das Thema ÖPNV ein. Gerade in den letzten Tagen kommt ja wieder stärker zum Ausdruck, dass der öffentliche Personennahverkehr ganz besonders stark belastet wird. Hier brauchen wir noch einmal eine Initiative aus dem Bundeshaushalt, damit wir auch bei der KVB weiterhin ein ordentliches Netz unterhalten können und nicht etwa rigide Einschränkungen vornehmen müssen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir hier dieses starke Signal aus Köln in Richtung Düsseldorf und Berlin senden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Breite hat das Wort.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Schneeloch, ich habe besonders gerne gehört, dass die Resolution, die jetzt notwendig ist, eine Ausnahme sein soll, weil wir gerade in der letzten Ratsperiode eine Inflation von Resolutionen gehabt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir können ja gerne unsere Briefe an wie viele Ministerpräsidenten und Bundeskanzlerinnen auch immer schreiben. Ich glaube allerdings, dass wir uns um unsere Politik kümmern sollten.

Aber hier geht es ja ganz klar um unsere Politik. Gerade bei der Gewerbesteuer sind es Auswirkungen dessen, was die Kanzlerin und der Ministerpräsident machen. Darum sind die Bundesebene und die Landesebene hier auch gefordert, uns Kommunen zu helfen, weil wir überhaupt keine Einwirkungsmöglichkeiten auf diese Entscheidungen haben.

Die dadurch verursachten Schwierigkeiten sieht man gerade bei der Wirtschaft. Was infolge des Lockdowns in der Wirtschaft passiert, wird jetzt deutlich. Ein Beispiel, das eine Kollegin von Ihnen auch schon genannt hat, sind die Friseure. Das trifft dann natürlich auch die Kommunen.

Darum war es für die FDP insbesondere wichtig, deutlich zu machen, dass hier eine Verantwortung von Bundes- und Landesebene für die Kommunen besteht, und zwar nicht nur 2020, sondern auch 2021.

Wir geben das auch sehr gern entsprechend weiter. Die CDU hat es da ein bisschen leichter; sie hat direkt den Landtagsabgeordneten hier sitzen. Aber ich gebe das auch gern an unseren Landtagsabgeordneten weiter. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Achtelik.

**Christian Achtelik (Volt):** Ich mache es ganz schnell. - Ja, man sieht auch an meinen Haaren, dass die Friseurinnen und Friseure seit einer Weile nicht mehr zum Zuge kommen.

Ich bedanke mich noch einmal bei allen dafür, dass das hier gemeinsam gemacht wird, insbesondere bei Nicolin - danke, dass du das noch einmal so betont hast - und bei Christian. Das finde ich super. Das wünschen wir uns von Volt: pragmatische gemeinsame Ansätze.

Damit soll es das jetzt auch gewesen sein. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Büschges.



**Matthias Büschges** (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich mache es auch ganz kurz. - Wir werden uns enthalten, weil wir schon wieder vermisst haben, uns einzubinden.

(Zurufe: Oh!)

Wir hätten es natürlich auch mitgetragen. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird noch weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den von vielen gestellten Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall - Christian Joisten [SPD]: Jetzt noch einmal über den gesamten Antrag! - Vereinzelt Heiterkeit)

- Nein. Das war ein Ersetzungsantrag.

Den TOP 3.1.7 hatten wir vorhin schon mitbehandelt.

Deswegen kommen wir jetzt zu:

**3.1.8 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Darstellung der Umstellung auf erneuerbare Energien“ AN/0191/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke. und FDP AN/0235/2021**

Dazu hat zunächst Frau Niknamtavin das Wort.

**Sarah Niknamtavin** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben hier einen relativ kleinen Antrag für mehr Transparenz eingereicht und freuen uns sehr darüber, dass nun auch andere Fraktionen sich mit den kleinen Änderungen als Antragstellende anschließen.

Kurze Hintergrundgeschichte: Der Rat hatte im Jahr 2017 beschlossen, die Umstellung der RheinEnergie auf erneuerbare Energie nachverfolgen zu wollen.

Nun ist es aber so, dass für ein vollständiges Bild nicht nur der Zuwachs an erneuerbarer Energie dargestellt werden muss, sondern auch, wie viel

konventionelle Energie hierdurch weniger produziert wird. Nur so kann man den Fortschritt der Umstellung beurteilen, also durch eine Gegenüberstellung der Erzeugung erneuerbarer Energie und der Erzeugung fossiler Energie, weil das eigentliche Ziel ja die Verringerung von CO<sub>2</sub> ist.

Darum fordern wir, dass zur Beurteilung des Fortschritts bei der Umstellung auf erneuerbare Energie sowohl die Entwicklung bei der erneuerbaren Energie als auch die Entwicklung bei der fossilen Energie dargestellt wird. Nur im direkten Vergleich lässt sich nämlich erkennen, ob tatsächlich Fortschritte erzielt werden. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Abé hat das Wort.

**Denise Abé** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte mich den Worten meiner Vorrednerin anschließen. Es ist sehr wichtig, dass wir jetzt endlich zu einem solchen CO<sub>2</sub>-Monitoring kommen und die Zahlen gegenüberstellen. Deswegen ist es super, dass wir diesen Änderungsantrag gefunden haben.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wünscht die SPD das Wort? - Nein. Wünscht die CDU das Wort? - Auch nicht. Herr Breite? - Auch nicht. Volt? - Nein. Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Der Ursprungsantrag hat sich damit erledigt.

Ich komme zu:

**3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen KLIMA FREUNDE, GUT Köln und von RM Wortmann (FWK) betreffend „Erwerb des Grundstückes Deutz-Mülheimer Straße 147 bis 149 (ehemalige KHD-Hauptverwaltung)“ AN/0234/2021**



Wird dazu das Wort gewünscht? - Dann hat Herr Weisenstein das Wort.

**Michael Weisenstein** (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, es überrascht mich jetzt etwas, dass ich als Erster das Wort habe.

(Ralph Sterck [FDP]: Du wolltest es ja als Einziger haben!)

Aber wenn das Hohe Haus das so wünscht, komme ich diesem Wunsch natürlich gerne nach und bedanke mich.

Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rede zwar als Erster. Es ist aber natürlich nicht alleine mein Verdienst. Denn in den letzten Tagen und Wochen haben wir zusammen diskutiert, insbesondere die stadtentwicklungspolitischen Sprecher der Fraktionen gemeinsam mit den Akteuren vor Ort an der Deutz-Mülheimer Straße und natürlich auch mit der Verwaltungsspitze.

Deswegen können wir heute hier aller Voraussicht nach den sehr klugen Beschluss fassen, dass die Stadt das Gelände an der Deutz-Mülheimer Straße in direkten Verhandlungen kauft und nicht auf das Vorkaufsrecht warten muss.

Gleichzeitig sprechen wir uns dafür aus, dass wir auch in den Besitz des dahinter liegenden Areals kommen, das derzeit noch NRW.URBAN gehört.

Meine Damen und Herren, wenn es uns glückt, dass wir diese beiden Gelände als Stadt gemeinsam mit den Akteuren vor Ort entwickeln können, können wir etwas Exemplarisches für diese Stadt leisten, nämlich eine Stadtentwicklung von unten, die es ermöglicht, mit den Akteuren vor Ort etwas zu entwickeln, was der Historie dieses Ortes auch gerecht wird.

Gleichzeitig kann es uns gelingen, meine Damen und Herren, das zu entwickeln, was der Mülheimer Süden unbedingt braucht, nämlich ein gemischtes Quartier, das Wohnen und Arbeiten für jedermann umfasst. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Martin das Wort.

**Christiane Martin** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke schön, Frau Oberbürgermeisterin. - Auch

wenn es einer kleinen Unaufmerksamkeit meinerseits geschuldet war und ich mich nicht rechtzeitig gemeldet habe, denke ich, dass es bei dieser sehr gemeinsamen Sache durchaus auch legitim ist, wenn DIE LINKE zuerst das Wort hat, und entschuldige mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen, mit denen das anders abgesprochen war.

Bereits im März 2020 hat der Rat einen sehr wegweisenden Beschluss gefasst, nämlich das besondere Vorkaufsrecht für das Otto-Langen-Quartier bzw. für die beiden Grundstücke beschlossen.

Zwei Monate später wurde das dann in einer gemeinsamen Resolution aller Ratsfraktionen bestätigt, und es wurde noch einmal bekräftigt, dass es eine gewünschte gemeinwohlorientierte Entwicklung mit einem Nutzungsmix aus Gewerbe, Wohnen und Kultur mit dem Ankerpunkt raum13 geben soll.

Der neue Rat hat das kürzlich auch noch einmal bestätigt.

Heute nun gibt es vor dem Hintergrund der sehr komplizierten Grundstücksbesitzverhältnisse und auch des Räumungstitels gegen raum13 die sehr klare Aufforderung an die Verwaltung, schnell einen Direktankauf zu verhandeln und gegebenenfalls auch zu realisieren.

Die Geschlossenheit, mit der hier alle hinter dieser Sache stehen, ist nicht nur erfreulich, sondern zeigt auch, welcher dringlichen Handlungsbedarf wir sehen, um diesen gewünschten Nutzungsmix mit der Gemeinwohlorientierung dort zu realisieren. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt spricht Frau Helmis.

**Maria Helmis** (SPD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den Vorredner\*innen nur anschließen. Im Namen meiner gesamten Fraktion möchte ich noch einmal betonen, dass der hier vorliegende Dringlichkeitsantrag unserer Meinung nach wirklich die letzte Chance bietet, dieses einmalige historische Gelände, diese Erinnerungsstätte, die das Otto-Langen-Quartier ja darstellt, mit hohem Entwicklungspotenzial im Sinne der Gemeinwohlorientierung zu erschließen.



Daher bekräftigen wir mit diesem Dringlichkeitsantrag erneut den bereits mehrfach zum Ausdruck gebrachten politischen Willen, das Otto-Langen-Quartier inklusive des KHD-Geländes und inklusive des Teils, den NRW.URBAN bisher im Eigentum hat, in städtisches Eigentum zu überführen und nun den Direktkauf vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen es: Dieses Gelände hat alles, was wir brauchen, um moderne urbane Stadtentwicklung vorantreiben zu können.

Wir wollen eine schnelle Gesamtlösung und wollen hier auch noch einmal ein letztes Mal die absolute Dringlichkeit der Sache betonen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, moderne Stadtentwicklung braucht Visionen. Diese Visionen liegen auf dem Tisch, und das seit vielen Jahren. Dieses Gelände gibt alles dafür her. Wir fordern, dass dieser Prozess nun von der Stadt ermöglicht wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Kienitz hat das Wort.

**Niklas Kienitz** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieses Gelände ermöglicht, die Entwicklung eines Quartiers voranzutreiben, das es aktuell so nicht gibt. Es gibt in anderen Städten zwar Vergleichbares. Ich glaube aber, dass wir mit einer Entwicklung an dieser Stelle unter den Aspekten, die die Kolleginnen und Kollegen gerade genannt haben, in Europa einmalig wären.

Unsere Stadt wächst und wird in den nächsten Jahren neue Quartiere bekommen. Dieses Quartier kann einen anderen Fokus haben und die Themen Soziales, Kulturelles, Wohnen und Gewerbe verbinden.

Das große Verdienst der beiden Akteure in raum13 war ja, dieses Gelände wieder in den Fokus und in das Gedächtnis der Stadt zu rufen - mit dem ganzen historischen Erbe, das sich auf diesem Grundstück versammelt.

Deswegen ist es wichtig, dass wir als Stadt deutlich machen, dass wir eine solche Entwicklung anstreben und dass wir dort Eigentum erwerben sollen. Umso schöner ist es, dass wir heute noch einmal gemeinsam in Zeichen in dieser Sache setzen und das gemeinsam beschließen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der LINKEN und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Sterck.

**Ralph Sterck** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den hier schon gesagten Worten natürlich anschließen - insbesondere auch dem, was Niklas Kienitz zur historischen Bedeutung erwähnt hat.

Wir haben an anderen Stellen leider schon sehr viel Substanz der industriellen Kultur in Köln verloren. Da denke ich zum Beispiel an das CFK-Gelände. Gerade hier, wo der Ottomotor seine Anfänge nimmt und damit die Motorisierung der Welt beginnt, sollte man das entsprechend herausstellen, auch für die Stadt nutzen und für die Nachwelt erhalten.

Insofern halte ich diese Initiative für wirklich wichtig. Deswegen haben wir uns gerne daran beteiligt. Wir sind auch für das bürgerschaftliche Engagement, das das Ganze erst in den Fokus gebracht hat, dankbar. Ich bin also froh darüber, dass wir heute diese gemeinsame Initiative hier noch einmal starten können.

Bei der Taktik der Stadt müssen wir aufpassen, dass wir das Grundstück nicht selber im Grunde herunterrechnen. Das würde nämlich den bisherigen Eigentümer verschrecken und ihn auch darin bestärken, sich dieser Kunstinitiative zu entledigen.

Wir dürfen auch unsere Verhandlungsmöglichkeiten nicht einschränken. Möglicherweise müssen wir nachher den einen oder anderen Euro drauflegen, um dann dieses Grundstück auch zu bekommen. Wir haben nun einmal keine Möglichkeit, ihn zu enteignen. Ich erinnere nur daran, dass wir in der Richard-Wagner-Straße ein wesentlich kleineres, lange nicht so bedeutendes Grundstück haben, bei dem uns der Eigentümer seit Jahren eine lange Nase zeigt, sodass wir nicht an das Grundstück herankommen und es keine Entwicklung gibt. Das darf hier in Mülheim nicht passieren. Deswegen müssen wir uns alle Optionen erhalten.

Ich hoffe, dass die Verwaltung bei diesen Verhandlungen eine glückliche Hand hat, und möchte ihr auch möglichst viel Freiheit geben, damit wir dieses wertvolle Grundstück für die Stadtentwicklung im Rechtsrheinischen, für die Stadt und für





die Nachwelt wirklich sichern können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird weiter das Wort gewünscht? - Frau Venturini.

**Isabella Venturini (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Eigentlich war die Absprache ja, dass nur eine Person für uns alle redet. Aber weil jetzt jeder etwas gesagt hat, sage ich auch einmal einige Worte dazu.

Ich schließe mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern auf jeden Fall an und bin superglücklich über diese fraktionsübergreifende Zusammenarbeit. Wir haben uns in den letzten Tagen sehr spontan und kurzfristig hier sehr gut abstimmen können. Ich bin wirklich sehr zufrieden mit diesem Ergebnis und möchte noch einmal Danke sagen.

(Vereinzelt Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Ich komme jetzt zu:

**3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke, der Gruppen KLIMA FREUDE und GUT Köln betreffend „Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße“ AN/0248/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt AN/0250/2021**

Wird dazu das Wort gewünscht? - Herr Paetzold.

**Michael Paetzold (SPD):** Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Es geht um Gemeinschaftsunterkünfte. Jede und jeder, die bzw. der sich mit der Materie

auskennt - und das sind hier im Saal ziemlich viele, auch wenn die meisten sozialpolitischen Sprecherinnen heute fehlen -, weiß, dass Gemeinschaftsunterkünfte keine gute Lösung für die Unterbringung von Menschen sind.

Wir haben das als Politik akzeptiert, als ganz viele Menschen sich zu uns geflüchtet hatten und plötzlich unterzubringen waren. Da waren Gemeinschaftsunterkünfte immer noch besser, allemal besser als Turnhallen.

Wir haben in den letzten Jahren die Anstrengungen der Verwaltung - auch von Ihnen, Herr Dr. Rau, und Ihren Mitarbeiterinnen - wahrgenommen, die Gemeinschaftsunterkünfte frei zu ziehen. Das ist Ihnen gar nicht einmal so unerfolgreich in vielen Bereichen gelungen. Dafür haben wir Sie auch gelobt, zuletzt noch im Sozialausschuss.

Aber jetzt leben wir in anderen Zeiten. Jetzt haben wir eine Pandemie hier in Köln. Da sind Gemeinschaftsunterkünfte nicht nur keine gute Lösung; Sie sind schlichtweg gefährlich.

Leider ist es nicht überraschend dazu gekommen. Das beweist uns der Ausbruch in der Herkulesstraße. Ich nenne die Zahlen: 108 Bewohner leben da. 41 von ihnen und 16 Mitarbeiter haben sich infiziert, viele davon mit der höchst ansteckenden Mutant. - Wie gesagt, war das zu erwarten.

Deshalb bitten wir, die antragstellenden Fraktionen, den Rat, heute zu beschließen, dass die Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße umgehend geschlossen wird. Die Bewohner sollen kurzfristig in abgeschlossenen Wohneinheiten untergebracht werden. Auch die übrigen Gemeinschaftsunterkünfte - einige haben wir ja noch - sollen kurzfristig ebenfalls leer gezogen werden.

Zu diesem Vorgehen gibt es aus unserer Sicht keine Alternative. Das Gebot der Stunde - das sage jetzt nicht ich; das sagen Leute, die noch mehr davon verstehen als ich - ist die größtmögliche Kontaktreduktion. Wir haben Schulen und Restaurants, Theater und die ganze Kulturszene geschlossen, damit Menschen sich nicht begegnen. Da ist es absolut kontraproduktiv, Menschen in Gemeinschaftsunterkünften wohnen zu lassen.

Das ist nicht nur kontraproduktiv, sondern, wie wir jetzt sehen, auch gefährlich - für die Menschen, die dort wohnen, für die Mitarbeitenden, die sie betreuen, aber auch für die Menschen in dieser Stadt.

**4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1**

Liebe Kolleginnen von CDU, Grünen und Volt, ihr habt einen Änderungsantrag geschrieben.

Im Punkt 1 kommt er unserem Antrag sehr nahe. Das freut uns. Ich war mir auch sehr sicher, dass wir da Einvernehmen finden.

Der Punkt 2 ist ein bisschen schwierig. 5 Prozentpunkte pro Jahr bedeutet, dass wir erst in vier Jahren auf null wären. Das ist mir zu langsam - was nicht so schlimm wäre. Aber das ist dem Virus zu langsam. Wir müssen jetzt schnell die Gemeinschaftsunterkünfte schließen. Wir können nicht auf Prozentpunkte über vier Jahre verteilt setzen. Das muss möglichst in den nächsten Wochen geschehen. Das Virus wartet nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Euer Punkt 3 steht bei uns ohnehin schon drin.

Mit eurem Punkt 4, dass dem Sozialausschuss halbjährlich berichtet werden soll, rennt ihr bei uns offene Türen ein. Das können wir gerne so machen. Vierteljährlich war besser. Wie gesagt, haben wir jetzt aber nicht schrecklich viel Zeit, diese wichtigen Dinge umzusetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir Demokraten im Rat sind uns einig: Wir wollen zurück zu den Leitlinien zur dezentralen Unterbringung von Geflüchteten, wie sie 2004 beschlossen wurde und sich bewährt hat.

Die demokratischen Fraktionen und Gruppen, soweit sie damals im Rat waren, haben 2016 und 2017 die Gemeinschaftseinrichtungen wie die Herkulesstraße für eine Übergangszeit akzeptiert. Denn die Alternative waren beheizte Zelte, und das wollte wirklich niemand.

Aber nun ist die Zahl der Geflüchteten seit Jahren rückläufig. Die Gemeinschaftseinrichtungen werden nicht mehr gebraucht und sollten entsprechend aufgelöst werden.

Daran arbeitet die Verwaltung auch. Ihre Anstrengungen wollen wir gar nicht in Abrede stellen. Sie hat natürlich in der Corona-Pandemie auch viele andere Aufgaben zu erledigen.

Doch der dramatische Krankheitsausbruch aufgrund der mutierten Virusvarianten hat gezeigt, dass hier die Prioritäten noch einmal anders gesetzt werden müssen. Abstand halten zu können, sich von anderen fernhalten zu können, muss in diesen Zeiten ein elementares Recht sein. Das geht aber in einer Einrichtung, in der sich alle die Essensräume, Bäder und Toiletten teilen, nun einmal nur eingeschränkt.

Unser Beschluss heute ist dazu da, die Priorität in der Flüchtlingsunterbringung auf die abgeschlossene Unterbringung einzelner Haushalte zu legen, damit wir alle gut durch die Pandemie kommen.

Ich möchte mich hier vorab schon einmal bei dem Kölner Flüchtlingsrat und den Willkommensinitiativen bedanken, die bei diesem Thema nicht lockergelassen haben und stets den Finger in die Wunde legen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist sehr schade, dass die Kollegen von CDU, Grünen und Volt nicht vorher das Gespräch mit uns gesucht haben und wir heute diesen Änderungsantrag bekommen. In einer so wichtigen Sache ist doch gemeinsames Handeln das A und O.

Ich möchte gerne noch einmal auf den Antrag eingehen. Unser Antrag ist weitergehend. Wir schreiben in dem Punkt 1:

Die Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße ist zu schließen.

Das ist ein Symbol. Es ist wichtig, dass die Herkulesstraße in diesem Antrag steht; denn das macht den Antrag erst rund und wichtig.

Deswegen finde ich es ein bisschen befremdlich, dass das hier nicht entsprechend übernommen worden ist oder man nicht zumindest darüber diskutiert.

Wir möchten noch einmal fragen, ob die Kollegen von CDU, Grünen und Volt sich nicht doch dazu bequemen könnten, zumindest folgenden Satz im Punkt 1 zu übernehmen:

Zunächst sollen Risikogruppen und vulnerable Personen kurzfristig in freie abgeschlossene Wohneinheiten oder Einrichtungen, die besseren Infektionsschutz sicherstellen, sowie in Hotels untergebracht werden.

Wenn Sie das mit aufnehmen, wird Ihr Antrag dadurch einfach auch nur besser, glaube ich.



#### 4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1

Außerdem rege ich an, dass man unseren Punkt 3 noch mit aufnimmt. Er schadet doch auch keinem. Der Kollege Paetzold hat schon etwas dazu gesagt. Natürlich können wir punktweise abstimmen. Aber es wäre gut, wenn der Punkt 3 unseres Antrags auch übernommen würde.

Ich bitte Sie also, noch einmal in sich zu gehen und zu überlegen, ob Sie diese Punkte nicht doch auch noch in Ihren Antrag aufnehmen können, damit das Ganze rund wird und damit wir heute gemeinsam eine Entscheidung treffen, die zum Wohle aller Menschen ist. Darüber würden sich sicherlich auch die ganzen Initiativen, die über Jahre wirklich hart daran arbeiten, sehr freuen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wir haben ja Antragsteller und Änderungsantragsteller. Deswegen frage ich, ob noch weitere Wortmeldungen der Antragsteller gewünscht sind. - Frau Gabrysch.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Ich schließe mich meinen Vorredner\*innen an. Auch ich würde mich sehr freuen, wenn wir vor dem Hintergrund der Mehrheitsverhältnisse, die sich jetzt abzeichnen, hier dazu kämen, dass die Antragsteller\*innen des Änderungsantrags sich dazu durchringen könnten, doch etwas weiter reichende Beschlüsse zu formulieren.

Denn wir haben in der Tat keine vier Jahre Zeit. Das ist etwas, was jetzt passieren muss. Es muss absolut höchste Priorität haben. Wir haben gerade in diesem Augenblick jede Menge leer stehende Gebäude mit abschließbaren Einzelzimmern. Da muss es doch irgendwie möglich sein, diese Menschen jetzt sofort unterzubringen.

Ich möchte - auch wenn ich mir damit vielleicht keine Freunde und Freundinnen mache - auch an ein Thema erinnern, das wir eben schon hatten. Es gibt hier keinen Fraktionszwang. Wenn sich also irgendwer berufen fühlt, vielleicht doch in diese Richtung zu tendieren, würde ich mich auch sehr freuen, wenn wir das hier hinkriegen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann, wünschen Sie auch das Wort

dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann komme ich jetzt zu den Änderungsantragstellern und gebe zunächst Frau Yazicioglu das Wort.

**Dilan Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen):** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Paetzold, Sie haben hier Kritik bezüglich der 5 Prozentpunkte geäußert. Ja, natürlich wäre es super, wenn wir von heute auf morgen alle Gemeinschaftsunterkünfte schließen könnten. Aber was bringt uns eine Forderung, die wir sowieso nicht umsetzen können? Sie bringt uns nichts.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen realistisch bleiben und realistische Forderungen einbringen.

(Zuruf: Wir haben jede Menge Hotels frei! - Gegenruf: Ruhe!)

- Lassen Sie mich bitte ausführen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das Wort ist bei Frau Yazicioglu.

**Dilan Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich würde gerne noch einige Worte zu Frau Kollegin Tokyürek sagen. Natürlich ist es immer gut, wenn wir gemeinsam Anträge einbringen. Aber wir hätten eventuell auch erwartet, dass die Gespräche mit uns gesucht werden. Das wurde auch nicht getan. Es ist also beiderseits.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für uns Grüne stand schon immer fest: Menschen, die bei uns Schutz suchen, müssen auch menschenwürdig untergebracht werden. Dazu gehört auch die Unterbringung der Schutzsuchenden in abgetrennten Wohneinheiten. Abgetrennte Wohneinheiten sind notwendig, um ein sicheres und eigenständiges Leben zu führen. Sie ermöglichen auch eine gesellschaftliche Teilhabe.

Spätestens seit der Pandemie wissen wir alle, dass abgetrennte Wohneinheiten wichtig für den Schutz von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das rasante Infektionsgeschehen in der Unterkunft stellt nicht nur eine Gefahr für Bewohnerinnen und Mitarbeiter dar, sondern ist auch eine Belastung für das Gesundheitsamt vor Ort. Das



macht der Ausbruch in der Notunterkunft in der Herkulesstraße ganz klar.

Ja, wir haben 80 Prozent der Menschen bereits in abgetrennten Wohneinheiten untergebracht. Die restlichen 20 Prozent müssen auch in abgetrennte Wohneinheiten kommen. Deshalb fordern wir in unserem Änderungsantrag die Auflösung aller Gemeinschaftsunterkünfte mit Gemeinschaftsverpflegung, -küchen und -sanitäranlagen und sind dafür, dass man sich zügig dafür einsetzt, dass auch die restlichen 20 Prozent in abgetrennte Wohneinheiten überführt werden. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Erkelenz.

**Martin Erkelenz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Tokyürek, Sie haben gerade gesagt, Ihr Antrag sei der weitestgehende Antrag. Ich denke, dass es genau umgekehrt ist. Schauen Sie sich Ihren Antrag an. Darin steht, dass Sie die Einrichtung in der Herkulesstraße schließen wollen. Wir wollen alle Gemeinschaftsunterkünfte schließen.

(Zuruf: Wir auch! - Vereinzelt Beifall)

Wir wollen die Gemeinschaftsunterkünfte schließen, in denen wir gemeinschaftliche Verpflegungsstätten und gemeinschaftliche sanitäre Anlagen haben. Davon müssen wir wegkommen. Dazu hat meine Kollegin schon einiges gesagt. Aber wir müssen das sukzessive tun, denke ich.

Die Verwaltung - dafür möchte ich der Verwaltung auch danken - hat hier schon eine ganze Menge erreicht. Wir haben mehr Individualität und mehr Privatsphäre geschaffen. Auch wenn man das nicht alles mit Corona begründen kann, weil die Verwaltung das ja schon jahrelang macht, haben wir so auch schon längst einen viel besseren Infektionsschutz erreicht. Wir hatten in der Herkulesstraße früher bis zu 600 Flüchtlinge, die dort wohnen, man kann fast sagen, mussten. Heute sind es ungefähr 100. Wir wollen da weiter herunter. Außerdem wollen wir schauen - wir brauchen ja weiterhin eine Notunterkunft -, dass wir auch in einer Notunterkunft zu mehr Privatsphäre kommen.

Das ist unser Antrag. Deshalb werbe ich dafür, unseren weiter gehenden Antrag zu unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Görzel.

**Volker Görzel (FDP):** Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Schon einmal fürs Protokoll: Gemäß § 24 der Geschäftsordnung beantragen wir hier getrennte Abstimmung.

Ich werde auch unser Abstimmungsverhalten erklären. Dabei beziehe ich mich auf den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt. Dem Punkt 1 des Änderungsantrags werden wir nicht zustimmen. Den Punkten 2 bis 4 werden wir zustimmen. Bei der anschließend gemäß § 24 der Geschäftsordnung durchzuführenden Gesamtabstimmung werden wir uns enthalten. Ich erkläre, warum.

Der Punkt 1 des Änderungsantrags geht zwar in die richtige Richtung. Wer wollte keine Gemeinschaftsunterkünfte mit gemeinsamen Küchen abschaffen? Ich kenne niemanden, der nicht jedem Menschen wünschen würde, abschließbare Wohnräume zu haben. Das gehört zur Menschenwürde und zur Selbstbestimmung natürlich dazu. Gleichwohl habe ich den Verdacht, dass dieser Punkt 1 eine gewisse weiße Salbe ist. Denn er enthält keinen Zeitkorridor. Darin steht nicht, in welchem Rahmen dies erfolgen soll. Aus meiner Sicht, aus unserer Sicht ist das also ein Placebo. Das ist ungefähr damit vergleichbar, dass man sich zwei linke Bergschuhe anzieht und auf eine Wanderung begibt. Dann geht man irgendwo im Kreis.

Die Punkte 2, 3 und 4 sind aus unserer Sicht in Ordnung.

Ich möchte an dieser Stelle noch Folgendes zu bedenken geben: Wie die Frau Oberbürgermeisterin zu Beginn der heutigen Sitzung gesagt hat, haben wir erfreulicherweise „nur“ - in Anführungsstrichen - 62 Indexfälle in allen Unterkünften in ganz Köln. Das sind 62 zu viel; da sind wir uns alle einig. Ich finde aber, dass die Zahlen das, was hier eben zum Teil durchgeklungen ist, nicht hergeben.

Daher will ich abschließend noch erläutern, warum wir den Punkt 1 des Änderungsantrags aus unserer Sicht nicht unterstützen können. Solange

**4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1**

nicht gesichert ist, dass es eine andere Notauf-  
nahme gibt als eine Notaufnahme mit Gemein-  
schaftsunterkunft, kann man die Gemeinschafts-  
unterkünfte ja nicht abschaffen. Hier wird begriffs-  
logisch der zweite Schritt vor dem ersten ge-  
macht.

Deswegen können wir, so gut der Antrag gemeint  
ist, den Punkt 1 des Antrags aus grundsätzlichen  
Erwägungen und logischen Erwägungen nicht  
mittragen, werden uns am Ende aber enthalten. -  
Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es  
weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann erlauben Sie mir bitte, einige Worte dazu zu  
sagen. Denn es ist in der Tat so - die Diskussion  
hat sich jetzt ja differenziert entwickelt -, dass es  
sich hier um eine Notaufnahme handelt. Herr  
Paetzold, ich war ja schon froh, dass Sie nicht  
„Massenunterkunft“ gesagt haben, wie ich es  
heute in der Zeitung lesen durfte. Ich wundere  
mich dann auch immer sehr darüber, dass Men-  
schen, die sich Jahrzehnte mit diesem Thema be-  
schäftigen, die Begriffe nicht klar auseinanderhal-  
ten.

Bei der Herkulesstraße handelt es sich um eine  
Notaufnahme für Menschen, die direkt nach Köln  
kommen. Es ist eine Aufnahme, die eine Versor-  
gung mit zehn medizinischen und sozialberaten-  
den Angeboten enthält, und zwar täglich. Herr  
Paetzold, Ihnen muss ich das gar nicht genau er-  
klären. Sie wissen es als langjähriger Vorsitzen-  
der des Sozialausschusses selbst. Wir haben ja  
sehr gut zusammengearbeitet.

Diese Notaufnahmeeinrichtung ist derzeit mit  
rund 20 Prozent dessen, was sie hergeben würde,  
belegt. Wenn sie jetzt voll belegt wäre, würde ich  
versuchen, mit dem Gesundheitsamt eine Mög-  
lichkeit zu finden, dass zu diesem Zeitpunkt - - Die  
ganze Einrichtung steht nämlich unter Quaran-  
täne, wie es auch woanders bei Krankenhäusern  
der Fall ist - wo man übrigens auch kein Zimmer  
hat, das man von innen abschließen kann; aber  
egal.

In der Herkulesstraße ist im Moment gesichert,  
dass die Familien in einzelnen Zimmern unterge-  
bracht sind. Sie können sich auch ihr Essen - es  
sind 13 Familien infiziert - selbstverständlich kul-  
tursensibel zubereitet holen. Sie sind gar nicht  
verpflichtet, das Essen in den Gemeinschaftsun-  
terkünften einzunehmen.

Dass wir alle dahin wollen, dass Menschen, die in  
Köln integriert werden, in abgeschlossenen  
Wohneinheiten untergebracht sind, wissen wir  
schon lange. Wir sind nämlich mit unserem Sys-  
tem schon seit mehr als zehn Jahren unterwegs.

Das gilt allerdings nicht für diese Menschen, die  
in die Notaufnahme kommen. Sie kommen näm-  
lich gerade erst hier an. Weil sie jetzt infiziert sind,  
können sie auch zu dem jetzigen Zeitpunkt gar  
nicht verlegt werden. Schon deshalb ist es  
schwierig, Ihren Antrag umzusetzen. Abgesehen  
davon wüsste ich nicht, wo sie hinsollten. Ich  
wüsste auch gar nicht, wie wir ihnen dort fairer-  
weise diese Angebote, die sie brauchen, und zwar  
als Erstankömmlinge täglich brauchen, zur Verfü-  
gung stellen wollten.

Das ist also eine schwierige Gemengelage.

Ich halte es für ganz richtig, noch einmal zu be-  
kräftigen, dass wir uns vorstellen, in Köln das  
Gros der Menschen - und sowieso alle, die sich  
hier integrieren sollen - in abgeschlossenen  
Wohneinheiten unterzubringen.

Aber eine Notaufnahmeeinrichtung braucht diese  
Stadt. Diese Einrichtung, die sie in der Herkules-  
straße hat, ist zu rund 20 Prozent belegt. Damit  
stehen natürlich auch alle sanitären Einrichtungen  
entsprechend für die Familien zur Verfügung. Das  
wäre bei einer vollen Belegung nicht der Fall, ist  
jetzt aber so. Diese Einrichtung ist derzeit mit ins-  
gesamt rund 120 Menschen belegt.

Diese Informationen wollte ich Ihnen einfach noch  
einmal für Ihre Entscheidung zur Kenntnis geben.  
Ich könnte Ihnen jetzt auch noch vorlesen, welche  
Angebote es in der Notaufnahme gibt. Das kann  
ich Ihnen auch gerne hinterher noch einmal zu-  
stellen, damit Sie das alles differenziert nachlesen  
können.

Es ist also keineswegs so, dass wir hier nicht  
sorgsam mit diesen Menschen umgehen würden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe,  
möchte ich nun - - Jetzt hat sich doch noch Herr  
Hammer gemeldet. Bitte.

**Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr ge-  
ehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegin-  
nen und Kollegen! Im Zuge der Debatte und auch  
Ihren Ausführungen zufolge möchten wir gerne  
unseren Punkt 1 dahin gehend ergänzen, dass  
wir bei der Unterbringung von Menschen in abge-  
schlossenen Wohneinheiten den Fokus auf die



## 4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1

vulnerablen Gruppen legen, wie es im Antragstext von SPD, LINKEN, GUT und KLIMA FREUNDEN heißt.

Das ist eine Ergänzung um folgenden Halbsatz:

..., wobei Risikogruppen und vulnerable Personen vorrangig in anderen Unterkünften untergebracht werden sollen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Der Punkt 1 wird also um diesen Halbsatz ergänzt? So habe ich Sie verstanden.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist genau richtig. Ja.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen und - Herr Paetzold hat sich noch gemeldet.

**Michael Paetzold** (SPD): Sorry, dass das erst jetzt quasi in der Abstimmung kommt. Aber Sie hatten mich persönlich angesprochen, Frau Oberbürgermeisterin.

Es hat, glaube ich, niemand - und ich erst recht nicht - der Stadt, dem Gesundheitsamt und all denen, die in der Herkulesstraße arbeiten, unterstellen wollen, dass sie nicht sorgsam und gut mit den Menschen dort umgehen. Ich weiß sehr wohl um die Anstrengungen, die von den Mitarbeitenden dort getätigt werden.

Nichtsdestotrotz haben wir in der Herkulesstraße einen Ausbruch der Corona-Pandemie. 30 Prozent der Bewohner - Gott sei Dank sind es nur noch 108 - sind plötzlich infiziert, und zwar zum Teil eben auch mit den höchst ansteckenden Mutanten.

Das muss uns Sorgen machen. Das muss zu neuen Aktionen führen. Dahin ging unser Antrag.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Sie können sicher sein: Es wird zu neuen Aktionen führen. Die heißen aber nicht „Auszug“, jedenfalls für die Verwaltung nicht - es sei denn, heute wird etwas anderes entschieden; das ist ja selbstverständlich.

Ich lasse jetzt zunächst über den Änderungsantrag abstimmen - mit der Ergänzung um Risikogruppen und vulnerable Personen in Punkt 1 und natürlich punktweise, wie von der FDP beantragt.

Punkt 1. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das angenommen.

Punkt 2. Gegenstimmen? - Der LINKEN, der AfD und der SPD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das angenommen.

Punkt 3. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das angenommen.

Punkt 4. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das angenommen.

Dann lasse ich noch einmal über den gesamten Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Der FDP. Dann ist der Antrag so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Der Ursprungsantrag entfällt damit.

Nun kommen wir zu:

### 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Die Antworten liegen fast alle vor. Wir bitten Sie, zu akzeptieren, dass die vorab eingereichten Nachfragen schriftlich beantwortet werden. Die noch ausstehenden Beantwortungen erfolgen spätestens zur nächsten Sitzung - wenn möglich, schon vorher.

Tagesordnungspunkt

#### 4.1 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend „Beachtung des PCG Kodex in erfolgten Aufsichtsratswahlen“ AN/1515/2020

**Antwort der Verwaltung vom 03.02.2021  
0310/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Tagesordnungspunkt

#### 4.2 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend „Umsetzung Haushaltsbeschlüsse“ AN/1468/2020

**Antwort der Verwaltung vom 01.02.2021  
3553/2020**

**4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1**

Die Antwort liegt vor.

Tagesordnungspunkt

**4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend  
„Kostensteigerungen bei Großprojekten“  
AN/0905/2020**

**Antwort der Verwaltung vom 04.02.2021  
3577/2020**

Auch hier liegt die Antwort vor.

Tagesordnungspunkt

**4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend  
„Livestream zur Sozialen Erhaltungssat-  
zung Severinsviertel am 09.11.2020“  
AN/0182/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 03.02.2021  
0295/2021**

Die Antwort liegt vor.

Tagesordnungspunkt

**4.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend  
„Leistungs- und Trainingszentrum des  
1. FC Köln umsetzen!“  
AN/0192/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 04.02.2021  
0368/2021**

Die Antwort liegt ebenfalls vor.

Tagesordnungspunkt

**4.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend  
„Stärkung und Optimierung der Gebäude-  
wirtschaft in Zusammenhang mit der ge-  
planten Gründung einer Schulbau GmbH“  
AN/0226/2021**

Zu dieser Anfrage liegt die Antwort noch nicht vor.  
Sie wird spätestens zur nächsten Sitzung erfol-  
gen.

Tagesordnungspunkt

**4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kein  
Veedel für Rassismus an Kölner Schulen“  
AN/0228/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 04.02.2021  
0355/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Tagesordnungspunkt

**4.8 Sicherheit des Lehrpersonals und Be-  
schulung der Kölner Schüler  
AN/0227/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 04.02.2021  
0356/2021**

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor.

Tagesordnungspunkt

**4.9 Beitrag der Bühnen der Stadt Köln zur mu-  
sisch-kulturellen Bildung in Kölner Kitas  
und Schulen  
AN/0231/2021**

Die Antwort erfolgt spätestens zur nächsten Sit-  
zung.

Das waren die Anfragen.

Jetzt komme ich zu:

**6 Ortsrecht**

**6.1 Satzungen**

Tagesordnungspunkt

**6.1.2 Neufassung der Satzung zur Verleihung  
des Heinrich-Böll-Preises der Stadt Köln  
3236/2020**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstim-  
men? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es  
so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.1.3 Neufassung der Satzung zur Vergabe der  
Förderstipendien der Stadt Köln  
0173/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? -  
Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so be-  
schlossen.

Ich rufe auf:

**6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnli-  
ches**

**6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR  
(StEB Köln): Satzungsänderung  
0060/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? -  
Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so be-  
schlossen.

Wir kommen zu:



#### 6.4 Sonstige städtische Regelungen

##### 6.4.1 Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln 3242/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe auf:

#### 7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

##### 7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

##### 7.2.1 Neugestaltung des Spielplatzes „Trendsportarten Mühlenweg“ im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ 2331/2020

Das ist eine Kenntnisnahme.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

#### 10 Allgemeine Vorlagen

Die Tagesordnungspunkte 10.1 und 10.2 sind zurückgestellt.

Tagesordnungspunkt

##### 10.3 Straßen- und Wegekonzept gemäß § 8a Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen 1480/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### 10.4 Ebertplatz: Fortführung der Zwischennutzung und Ausarbeitung eines Zwischennutzungskonzeptes für den Zeitraum nach Juni 2021 Arbeitstitel: Fortführung der Zwischennutzung Ebertplatz 2156/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### 10.6 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung hier: Wirtschaftsplan 2021

#### 2921/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### 10.8 Förderung von Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstellen in Köln in 2021

hier: Förderung der „Beratungsstelle Arbeit“ und Sicherung der bestehenden Beratungsstruktur für arbeits- und erwerbslose Personen  
3244/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### 10.9 Feststellung der Gültigkeit der Kommunal- und Integrationsratswahl 2020 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) KWahlG 3730/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### 10.10 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven in Köln-Rodenkirchen 0423/2020

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 12.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### 10.11 Teilnahme des Berufskollegs an der Lindenstraße (BK 3) am Schulversuch „Fachoberschule für Verwaltung und Rechtspflege Schwerpunkt Polizeivollzugsdienst“ 3648/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt





**10.12 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Beschaffung eines Qualitätsmanagement-Tools für die Kölner Lichtsignalanlagen sowie Beschluss zur Bereitstellung von außerplanmäßigen investiven Verpflichtungsermächtigungen und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen; hier: neue Finanzstelle 6400-1201-0-0012 LSA-Qualitätsmanagement-Tool  
3094/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.13 Verlängerung des Mietvertrages der frei finanzierten Objekte Münsterer Str. 23, 31 und 33 in 51063 Köln-Mülheim  
3315/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Aufwandsneutrale Ausweitung der Projektunterstützung für die Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung  
0011/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Feststellung des Jahresabschlusses der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum 31.12.2019  
3184/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Ersatzbeschaffung von Start- und Steganlagen auf der Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See  
3349/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.18 Zügigkeitserhöhung für den Bildungsgang „Tiermedizinische Fachangestellte“ am Barbara-von-Sell-Berufskolleg (BK 5)  
3481/2020**

Wortmeldungen? - Herr Dr. Unna.

**Dr. Ralf Unna** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ehrenamtlicher Ausbildungsberater der Tierärztekammer Nordrhein möchte ich mich im Namen der praktizierenden Kollegen und der Auszubildenden recht herzlich bedanken. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Kölner Renn-Verein 1897 e. V. Zuschuss zum Erhalt der denkmalgeschützten Anlage der Pferderennbahn Köln, Scheibenstr., Köln-Weidenpesch  
3698/2020**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und der Gruppe GUT Köln  
AN/0251/2021**

Ich bitte um Wortmeldungen. - Bitte sehr, Herr Philippi.

**Franz Philippi** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion wird dem Änderungsantrag zustimmen.

Die Rede gebe ich zu Protokoll.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Okay. Das ist großartig. Vielen Dank, Herr Philippi. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)



Ich muss noch über die Vorlage in geänderter Fassung abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Errichtung eines Neubautraktes, Generalinstandsetzung und Neubau von sechs Sporthalleinheiten inklusive Interimsbauten für das Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsanger Str. 1, 50672 Köln - Erweiterter Planungsbeschluss 2486/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.23 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung: „Erhöhung des Förderetats für interkulturelle Projekte“ sowie „Etatisierung eines Förderbudgets für freie inklusive Kulturarbeit“ 3385/2020**

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.24 Ermöglichung des Tagesaufenthaltes in den Winterhilfeunterkünften inkl. der Essensversorgung und Sicherstellung einer Einzelunterbringung 0175/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.26 Corona-Sondermaßnahmen Kultur 2021 des Kulturamtes - zunächst bis Juni 2021 3270/2020**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt AN/0249/2021**

Ich würde gerne Frau Laugwitz-Aulbach um eine kurze Mitteilung der Verwaltung zu Punkt 3 des Änderungsantrags bitten.

**Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach:** Ja, das mache ich sehr gerne. Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie mit dem Punkt 3 Ihres Änderungsantrags in eine ganz neue Systematik übergehen würden. Das gesamte Corona-Hilfspaket des Kulturamtes ist auf Veranstalter aufgebaut. Mit diesem Beschluss würde die Anzahl der Antragsteller fast unüberschaubar werden und - das müssen wir heute schon sagen - würde unser Budget nicht ausreichen.

Deshalb möchte ich Sie herzlich bitten, darüber nachzudenken, ob wir diesen Punkt 3 nicht noch einmal mitnehmen können und im nächsten KuK darüber diskutieren oder nach Lösungen suchen können. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank, Frau Laugwitz-Aulbach. - Jetzt liegen mir verschiedene Wortmeldungen vor. Als Erste Frau von Bülow, bitte.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Der Punkt 3 ist ohnehin als Prüfungsauftrag an die Verwaltung gemeint. Darin steht ja nur:

In den Maßnahmenkatalog sind auch mögliche Förderungen von Soloselbstständigen aufzunehmen, die keine Veranstaltenden sind.

Im Maßnahmenkatalog steht bereits, dass es auch Soloselbstständige betreffen könnte, die selber veranstalten usw. Und „mögliche Förderungen ... aufzunehmen“ ist für mich eine sehr offene Formulierung.

Wir haben ja den gesamten Änderungsantrag darauf ausgerichtet, dass deutlich wird: Die Konzepte gilt es ganz schnell vorzulegen. - Das wird zwar auch in der Vorlage schon angedeutet. Es ist uns aber wichtig, deutlich zu machen: Uns liegt daran, dass wir ganz schnell Konzepte bekommen, die dann auch belastbar sind, damit die Betroffenen tatsächlich Planungssicherheit und Planungsgrundlagen haben.

Dieser Punkt 3 ist genau ein Anteil und ein kleiner Teil davon. Das wird dann auch dem Ausschuss vorgelegt. Insofern widerspricht es nicht dem, was Sie gerade gesagt haben, das also mitzunehmen, im Ausschuss auch noch genauer zu diskutieren und dann auch genau so umzusetzen. Das ist



## 4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1

nicht strittig, denke ich. Jetzt ist es vielleicht noch einmal deutlich erläutert.

Wenn ich schon die Gelegenheit habe, hier zu stehen: Im Ratssystem stehen immer noch zwei Vorlagen. Ich gehe davon aus, dass die Vorlage mit Freigabedatum „03.02.2021“ jetzt zur Grundlage zu machen ist. Im Augenblick sind immer noch beide Vorlagen parallel dort enthalten, warum auch immer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird weiter das Wort gewünscht, zunächst von den Antragstellern? - Von den Antragstellern nicht. Dann haben Sie das Wort, Herr Görzel.

**Volker Görzel (FDP):** Ich habe eine Verständnisfrage an die antragstellenden Fraktionen. Wird jetzt die Ziffer 3 fallen gelassen oder nicht?

(Zurufe: In den Ausschuss! - In den KuK!)

- Sie wird in den Ausschuss verwiesen. Okay.

Dann möchte ich wirklich zu bedenken geben - auch nach den Anmerkungen der Kollegin -, dass es nicht nur eine finanzielle Belastung ist, sondern auch eine wahnsinnige personelle Belastung darstellt, wenn hier unklare Auswahlkriterien definiert werden. Das öffnet nach Verständnis meiner Fraktion zumindest - ich will nicht sagen: Willkür - zweifelhaften Auswahlentscheidungen Tür und Tor.

Im Übrigen: Wir haben hier, wenn ich das richtig gelesen habe, 770 000 Euro eingestellt. Bei 8 000 Soloselbstständigen, die nicht gleichzeitig Veranstalter wären, blieben - ich mache momentan mit meinem Sohn viel Homeschooling; deswegen bin ich schnell im Kopfrechnen - round about 96 Euro pro Antragsteller, wenn alle 8 000 einen Antrag stellen würden.

(Zuruf: Die stellen aber den Antrag nicht!)

- Das können Sie ja dann im Kulturausschuss untereinander klären. Ich gebe hier nur zu bedenken, dass sowohl inhaltliche als auch mathematische Gründe deutlich gegen die Ziffer 3 sprechen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir können auch rechnen! Das ist nicht das Thema!)

- Daran habe ich keinen Zweifel. Sie sind ja Lehrerin. Sie können ja alles. - Vielen Dank.

(Vereinzelte Heiterkeit - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich muss mich hier doch nicht beleidigen lassen! Das ist wirklich nicht nötig! - Lisa Steinmann [SPD]: Was sind das denn für Umgangsformen?)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Elster, bitte.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Werter Kollege, das hat jetzt natürlich noch einmal eine Gegenrede provoziert. Ich wollte mich eigentlich nicht melden, weil Frau von Bülow mehr oder weniger alles erläutert hat, was zu dem Änderungsantrag zu erläutern ist.

Was auch noch gesagt werden muss, nachdem die Verwaltung sich dahin gehend eingelassen hat, es gebe 8 000 Soloselbstständige, ist Folgendes: Frau von Bülow hat doch deutlich gemacht - das steht ja auch so darin -, dass wir überhaupt keine Kriterien definieren. Das muss natürlich die Verwaltung machen - auf der Basis dessen, was machbar ist. Dass unsubstanzierte Anträge keine Förderung bekommen, ist wohl auch klar. Und nicht jeder Soloselbstständige in Köln wird einen Antrag stellen wollen und können. Gerhard Richter beispielsweise ist per Definition auch Soloselbstständiger. Er wird wahrscheinlich nicht beim Kulturamt vorstellig werden und um Förderung bitten. Da gibt es auch noch diverse andere.

Bleiben Sie einfach sachlich, und werden Sie nicht polemisch. Außerdem haben wir es ja auch in den Kulturausschuss verschoben. Deswegen hätte man jetzt gar nicht reden müssen.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen.

Wird getrennte Abstimmung gewünscht? - Nein, nicht punktweise. Okay. Das wollte ich nur wissen. Ich will hier ja richtig abstimmen lassen.

(Volker Görzel [FDP]: Vielen Dank!)



Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.27 Förderantrag für das Projekt der Köln-Bäder GmbH „KidsSpa im Zollstockbad - Wassergewöhnung für Kleinkinder“ 0171/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte, Frau Venturini.

**Isabella Venturini** (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich habe nur eine Verständnisfrage. Wurde der Tagesordnungspunkt 10.25 jetzt zurückgestellt?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker**: Ja, er ist vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt worden.

Gibt es zu TOP 10.27 Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Dann kommen wir zu:

**12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen**

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 62547/02 Arbeitstitel: Damiansweg in Köln-Volkhoven/Weiler 3035/2020**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

**16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen**

**16.1 275. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2105/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

**17 Wahlen**

Wir haben ja eben beschlossen, hier nur einen Teil der Tagesordnungspunkte abstimmen zu lassen.

Tagesordnungspunkt

**17.1 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 3026/2020**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.3 Bestellung weitere Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner für den Ausschuss Soziales und Senioren 0002/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.12 Neubesetzung des Aufsichtsrates der moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH 0263/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.13 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner/innen in die Ratsausschüsse 0103/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.14 Benennung eines zusätzlichen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss Kunst und Kultur 0273/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.



Tagesordnungspunkt

**17.15 Denkmalschutz und Denkmalpflege  
Berufung sachverständiger Bürger  
0334/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.16 Antrag der SPD-Fraktion betreffend  
„Benennung von sachkundigen Ein-  
wohnerInnen im Digitalisierungsaus-  
schuss“  
AN/0242/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau  
Gabrysch, Sie melden sich zu Wort. Bitte.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Ja, Ent-  
schuldigung. Ich habe hier leider heute keinen Zu-  
griff auf das System. Dieser Punkt ist zugesetzt.  
Ich habe den Antrag „Benennung von sachkundigen  
EinwohnerInnen im Digitalisierungsaus-  
schuss“ einfach noch nicht gesehen. Werden dar-  
in die kompletten Einwohner\*innen benannt?

(Michael Paetzold [SPD] zeigt der Red-  
nerin den Antrag auf seinem iPad)

- Ach so. Okay. - Ja, alles gut.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das ist  
nur die Besetzung durch die SPD-Fraktion.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Okay. -  
Gibt es weitere Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.17 Antrag der Fraktion Volt betreffend  
„Neubesetzung des Finanzausschus-  
ses“  
AN/0247/2021**

Gegenstimmen? - Frau Gabrysch.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Ist das  
jetzt der Antrag der CDU?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Nein,  
das ist der Antrag der Fraktion Volt.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Okay.  
Dann würde ich gerne, wenn die CDU dran ist,  
noch etwas sagen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Die  
CDU kommt unter TOP 17.18.

(Ulrich Breite [FDP]: Führen wir jetzt  
Personaldebatten?)

Gibt es bei Tagesordnungspunkt 17.17 Gegen-  
stimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so  
beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.18 Neubesetzung der sachkundigen Ein-  
wohnerinnen und Einwohner der CDU-  
Fraktion in den Ausschüssen gemäß  
Ratsbeschluss vom 03.12.2020  
AN/0243/2021**

Frau Gabrysch.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Vielen  
Dank. - Nur ganz kurz: Ich habe das einmal über-  
schlagen und wundere mich doch sehr. Ich finde  
es schade und nehme das mit einer gewissen  
Enttäuschung zur Kenntnis, dass hier vor allem  
ganz viele Frauen durch Männer ersetzt werden.  
Unter dem Strich werden mehr als eine Handvoll  
Frauen dann durch Männer ersetzt. Bei der Be-  
setzung, wie sie hier steht, sind es nur rund 20  
Prozent Frauen.

Meine Anfrage an die CDU ist einfach, warum das  
so ist und wieso da nicht irgendwie auf die Frau-  
enquote geachtet wird. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Ki-  
enitz, bitte.

**Niklas Kienitz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin!  
Liebe Nicolin, du bist eine neue Kollegin. Ich darf  
dir vielleicht von dieser Stelle aus zurufen: Bei die-  
sem Tagesordnungspunkt ist es eigentlich nicht  
üblich, hier infrage zu stellen, welche Fraktionen  
mit welchen Kolleginnen und Kollegen ihre Aus-  
schussplätze besetzen.



#### 4. Sitzung vom 4. Februar 2021 Seite 1

Wie du mitbekommen haben solltest, ist in der letzten Sitzung auf Bitten der Verwaltung eine Ersatzbesetzung vorgenommen worden in dem Bereich der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner durch Ratskolleginnen und Ratskollegen auf Positionen, die unserer Fraktion zustehen.

Ich verbitte mir Kommentierungen der Art und Weise, wer hier was zugesetzt hat und wie wir das hier vorgenommen haben.

Ich darf auf Folgendes hinweisen: Bei der CDU bauen die Frauen; drei Kolleginnen vertreten uns im Bauausschuss. Bei der CDU verwalten die Kolleginnen das Liegenschaftsvermögen; das sind drei Kolleginnen. Bei der CDU wird die Stadtentwicklung auch von zwei Kolleginnen betreut.

Insofern bitte ich darum, von solchen Kommentierungen abzusehen. Das kannst du gerne über die sozialen Medien machen. Aber in diesem Haus hat das nichts zu suchen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu:

#### **18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Gibt es Einwendungen dagegen, dass ich über die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidungen gemeinsam abstimmen lasse? - Die AfD ist dagegen. Dann lasse ich einzeln darüber abstimmen.

Tagesordnungspunkt

#### **18.1 Bedarfsplanung vom Amt für Wohnungswesen für neu anzumietende Objekte gem. § 5 Abs. 2a der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 13.12.2019 3318/2020**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **18.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70390/02**

**Arbeitstitel: Auenviertel in Köln-Rodenkirchen 3498/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Volt enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **18.3 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0412 - Historisches Archiv im Haushaltsjahr 2020 - K<sup>3</sup> Ausstellungs- und Veranstaltungsort 3604/2020**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **18.4 Wiederholung der Wahl eines Mitglieds der Kommunalen Bank des Braunkohleausschusses bei der Bezirksregierung Köln 3691/2020**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **18.5 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen 0054/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **18.6 Ankauf von Werken der Künstlerin Adrian Piper für das Museum Ludwig 3201/2020**

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 18.28 Uhr)



## Anlage

### zu Tagesordnungspunkt 10.20

#### zu Protokoll gegebene Rede

**Franz Philippi (SPD):** Die SPD-Fraktion wird der Verwaltungsvorlage zur erneuten Auszahlung der 300 000 Euro an den Kölner Renn-Verein zustimmen, weil das im Doppelhaushalt 2020/21 eingepreist ist.

*Mit Blick auf die vielen kleineren Sportvereine, die derzeit von den Einschränkungen in der Pandemie stark betroffen sind, aber für eine deutlich breitere Masse der Bevölkerung von Bedeutung sind, sind weitere kritiklose Finanzspritzen an den Kölner Renn-Verein allerdings nicht länger zu rechtfertigen.*

*Mit Blick auf die Haushaltsaufstellung 2022 möchten wir die demokratischen Fraktionen im Rat zu einem Dialog einladen, damit wir gemeinsam zu einer Lösung für die Rennbahn in Weidenpesch kommen können.*

*Wir stellen uns vor, dass sich die Rennbahn für Familien und ein breiteres Spektrum der Bevölkerung öffnet, dass dort zum Beispiel Feste und Events veranstaltet werden, die sich jeder leisten kann.*

*Wir wollen eine Öffnung der Rennbahn für natur- und sportbegeisterte Menschen als Grünanlage und Bewegungsraum.*

*Wir möchten uns an der Sportentwicklungsplanung orientieren, die wir gemeinsam verabschiedet haben, und Sport vor Ort ermöglichen, Angebote für Individual- und Trendsportarten schaffen oder dort einen weiteren Sportkiosk einrichten.*

*Wir bitten die Verwaltung, die sportpolitischen Sprecher der demokratischen Fraktionen einzuladen und einen Dialog zu eröffnen - mit dem Ziel, schon für die nächste Haushaltsaufstellung einen konkreten Lösungsweg aufzuzeigen.*